



**Protokoll der 12. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 19. August 2020, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Elio Bohner

Namensaufruf: 38 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderat Peter Hausammann, Gemeinderätin Sandra Kern

Mitanwesend: 4 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretär: Giuseppe D'Alelio

Traktanden

- 55 Mitteilungen
- 56 Protokoll der 10. Sitzung vom 10. Juni 2020
- 57 Protokoll der 11. Sitzung vom 24. Juni 2020
- 58 Ersatzwahl eines Mitglieds der GPK Finanzen und Administration für den Rest der Legislatur 2019-2023 (Nachfolge von Christoph Regli Fraktion CVP/EVP)
- 59 Motion betreffend «Unvereinbarkeit» der Gemeinderäte Peter Hausammann, Kurt F. Sieber, Christoph Regli und Pascal Frey
Beratung, Beschlussfassung über Erheblichkeit, evtl. Zuweisung
- 60 Interpellation betreffend «Modellregion Elektromobilität» von Gemeinderätin Irina Meyer
evtl. Diskussion
- 61 Interpellation betreffend «Energie- und Klimastrategie der Stadt Frauenfeld» der Gemeinderäte Irina Meyer und Michael Pöll
evtl. Diskussion
- 62 Botschaft Nr. 9 betreffend «Kredit zum Ausbau und zum Betrieb der Weihnachtsbeleuchtung und diesbezügliches lachsfarbenes Papier der GPK Finanzen und Administration
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

- 63 Botschaft Nr. 11 betreffend «Umsetzung des Reglements über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum; Anpassung der Umsetzungsfrist» und diesbezügliches lachsfarbendes Papier der GPK Finanzen und Administration
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter, wir dürfen uns heute nach den Sommerferien zum ersten Mal wieder im Rahmen dieses Rats treffen. Ich bin durchaus froh, sind die Temperaturen mit den Regengüssen und Gewittern der letzten Tage wieder im Rahmen des Erträglichen, denn in diesem wunderschönen Bau hier, welcher sich seit 113 Jahren in der jetzigen Form präsentiert, war dies nicht nur wegen der heissen Diskussionen eine schweisstreibende Sache. Wussten Sie – ich erlaube mir etwas Geschichte –, dass hier hinter mir vor 160 Jahren eine Markthalle geplant war, welche dann durch die Feuerwehr verhindert wurde, weil «dieses Anhängsel die Zufahrt zum Spritzenlokal im ehemaligen Zeughaus hindere»? Es wurde daraufhin zwar beim Holdertor ein Markt erstellt, welcher aber im Zug der Umgestaltung des Rathausareals vor 40 Jahren wieder weichen musste. Wie es um die Lädeli in Frauenfeld steht, haben wir in diesem Rahmen schon oft diskutiert. Nun aber bietet sich erneut eine Chance, etwas Aussergewöhnliches in Frauenfeld an die Hand zu nehmen. Die Kaserne übrigens wurde nur gerade ein Jahr nach der verworfenen Idee eines Markts beim Rathaus 1861 als Projekt beschlossen. Vielleicht als eine visionäre Reaktion. Ich freue mich jedenfalls sehr darauf, gemeinsam mit Ihnen und den Bewohnern dieser tollen Stadt bald wieder einmal ein solches Projekt in Frauenfeld zu haben und auf dass wir uns eine solche Chance nicht entgehen lassen. Nun haben wir eine gut besetzte Traktandenliste vor uns und ich unterlasse es daher, weiter in der Geschichte Frauenfelds zu schwelgen und möchte mit Ihnen die Zukunft dieser Stadt besprechen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind. Als Ausnahme für die heutige Sitzung hat das Ratsbüro Andrea Stalder von der Thurgauer Zeitung das Fotografieren erlaubt.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass 38 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 20.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23 b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Ferien, in denen Sie alles vergessen – dies der Slogan eines Schweizer Reisebüros. Wir hoffen, dass Sie alle die Gelegenheit hatten, sich in der Sommerpause von den Strapazen des Politbetriebs zu erholen und einige schöne Ferientage zu verbringen. Was wir aber auf keinen Fall hoffen, dass Sie in den letzten paar Wochen alles vergessen haben. Insbesondere hoffen wir, dass Sie sich zurückerinnern an den 15. März dieses Jahres, wo anlässlich der Grossratswahlen eine nach wie vor unbekannte Täterschaft das Abstimmungsergebnis im Frauenfelder Wahlbüro mit manipulierten Wahlzetteln fälschte. In der Zwischenzeit hat die Staatsanwaltschaft den Fall untersucht, den Wahlbetrug zahlenmässig eingegrenzt und das Resultat korrigiert. Auf kantonaler Ebene wurde eine Motion mit dem Titel «Mehr Sicherheit bei Wahlen und Abstimmungen» eingereicht. Ebenso hat sich das Stadtpräsidium in einer Medienmitteilung am 26. Juni 2020 bei der Bevölkerung entschuldigt und in einem Begleitpapier Verbesserungsmaßnahmen in Aussicht gestellt. Gemäss dieser Mitteilung wird unter anderem abgeklärt, wie das Wahlbüro für den

nächsten Abstimmungstermin zusammengesetzt werden soll. All diese eingeleiteten Abklärungen und versprochenen Massnahmen sind sehr zu begrüessen und wir hoffen – nein wir vertrauen darauf, dass den vielen Worten auch Taten folgen. An dieser Stelle danken wir allen Beteiligten, welche bei der Aufarbeitung des Wahlbetrugs mitgeholfen haben oder dies weiterhin tun, auch im Hinblick auf die nächste Abstimmung Ende September. Besten Dank.

55

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH):

1. Für den zurückgetretenen Gemeinderat Christoph Tschanen ist neu René Gubler im Rat, für die zurückgetretene Gemeinderätin Irina Meyer ist neu Ivo Begic im Rat. Im Namen des Rats begrüsse ich die beiden neuen Mitglieder ganz herzlich und wünsche Ihnen frohes Politisieren.
2. An Ihren Plätzen liegt folgende Unterlage auf:
 - Handout zum nachfolgenden Informationsanlass «Markt Thurgau».
3. In den vergangenen Tagen sind folgende Referendumsfristen abgelaufen:
 - Am 27. Juli ist die Frist für das fakultative Referendum betreffend «Reglement über den Tarif für die Abgabe von Erdgas und Biogas» und «Reglement für die Rechtsstellung und die Aufgaben der Werkbetriebe» ungenutzt verstrichen.
 - Am 10. August ist die Frist für das fakultative Referendum betreffend den «Fonds COVID-19» und den Fonds «Rabatt auf den Strom- und Gastarifen 2020» ungenutzt verstrichen.
4. Wir haben drei kurzfristig eingereichte parlamentarische Vorstösse:
 - Einfache Anfrage von Gemeinderätin Christa Zahnd mit dem Titel «Kündigung Stadtschreiber»;
 - Einfache Anfrage von Gemeinderat Romeo Küng mit dem Titel «Was darf welche Kultur kosten?»;
 - Einfache Anfrage von Gemeinderat Romeo Küng mit dem Titel «Ohne Parkplätze keine Kunden, ohne Kunden keine Gewerbetreibende, ohne Gewerbetreibende keine belebte Innenstadt».
5. Mit Beschluss Nr. 172 vom 23. Juni 2020 hat der Stadtrat die einfache Anfrage betreffend «Situation Angestellte Park» von Gemeinderat Lorenz Weber beantwortet.
6. Mit Botschaft Nr. 13 vom 30. Juni 2020 stimmte der Stadtrat der Zonenplananpassung im Bereich Liegenschaften Nrn. 50.248 und 50.949 entlang der Oberwiesen- und Maiholzstrasse von der Wohnzone 2B und der Wohnzone 3 in die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen zu. Diese Botschaft ist für die nächste Gemeinderatssitzung vom 16. September 2020 vorgesehen.
7. Mit Botschaft Nr. 14 vom 14. Juli 2020 beantragt der Stadtrat einen Baukredit Neubau Hallenbad zum Nettokredit von 39.338 Millionen Franken, einen Baukredit Saunabereich zum Nettokredit von 2.666 Millionen Franken und einen Nachtragskredit Vertieftes Vorprojekt plus in der Höhe von 372'742 Franken. Diese Botschaft ist auch für die nächste Gemeinderatssitzung vom 16. September 2020 vorgesehen.
8. Mit Schreiben vom 24. Juni 2020 teilt Gemeinderat Christoph Regli seinen Rücktritt aus der GPK Finanzen und Administration mit. Die Vakanz wird mit Traktandum 58 behandelt.
9. In der Fraktion CVP/EVP gab es zudem eine Rochade; diese Fraktion wird neu von Christoph Regli präsiert.
10. Varia:
 - Die Fragestunde mit dem Stadtrat findet, wie bereits informiert wurde, am 28. Oktober 2020 und nicht am 16. September 2020 statt. Der Kinderrat wird wiederum zur Fragestunde dazustossen.

- Nach der heutigen Sitzung informieren Stadtrat Andreas Elliker und Christoph Helbling, Leiter Amt für Hochbau und Stadtplanung, in diesem Saal über das Projekt «Markt Thurgau». Diese Informationsveranstaltung ist nicht öffentlich.
- Die Fürsorgebehörde hat beim Gemeinderatspräsidium eine Änderung des Reglements zur Entschädigung des Gemeinderats der Fraktionen und Kommissionen beantragt. Diesen Antrag werden wir zur Behandlung in einer der nächsten Sitzungen des Gemeinderats vorsehen.
- Stadträtin Barbara Dätwyler lässt sich aufgrund einer anderen wichtigen Verpflichtung für heute entschuldigen.
- Vor dem Eingang liegen Exemplare des Geschäftsberichts 2019 auf.
- Die Pulte wurden neu an der Unterseite mit Steckdosen versehen. Herzlichen Dank an den Ratssekretär für diese Initiative und an die Mitarbeitenden des Rathauses für die Installation.

56 UND 57

PROTOKOLLE DER GEMEINDERATSSITZUNGEN VOM 10. JUNI 2020 UND VOM 24. JUNI 2020

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Die Protokolle der Sitzungen vom 10. Juni 2020 und vom 24. Juni 2020 wurden am 19. Juni 2020 respektive am 6. Juli 2020 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind keine Änderungen oder Ergänzungen eingegangen. Wird das Wort zu den Sitzungsprotokollen gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Somit sind die Ratsprotokolle stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für die Protokolle.

58

ERSATZWahl EINES MITGLIEDS DER GPK FINANZEN UND ADMINISTRATION FÜR DEN REST DER LEGISLATUR 2019-2023 (NACHFOLGE VON CHRISTOPH REGLI FRAKTION CVP/EVP)

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Mit seinem Schreiben an den Gemeinderatspräsidenten hat Gemeinderat Christoph Regli seinen Rücktritt aus der GPK bekanntgegeben. Die Fraktion CVP/EVP hat das Vorschlagsrecht für einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin von Gemeinderat Christoph Regli als Mitglied der GPK Finanzen und Administration für den Rest der Legislatur.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Gern schlage ich Ihnen für meine Nachfolge in der GPK Finanzen und Administration Gemeinderat Beda Stähelin vor. Dies ist übrigens meine erste Amtshandlung als neuer Präsident der CVP/EVP-Fraktion.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Vorgeschlagen ist Gemeinderat Beda Stähelin. Gibt es weitere Vorschläge aus dem Rat? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Ich schlage Ihnen vor, gemäss Art. 56 Abs. 2 des Geschäftsreglements die Wahl offen durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden?

Abstimmung

Gemeinderat Beda Stähelin wird einstimmig bei Enthaltung der eigenen Stimme als Mitglied der GPK Finanzen und Administration für den Rest der Legislatur 2019-2023 gewählt.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Ich gratuliere Gemeinderat Stähelin herzlich zur Wahl und wünsche ihm viel Freude bei der Kommissionsarbeit.

59

MOTION BETREFFEND «UNVEREINBARKEIT» DER GEMEINDERÄTE PETER HAUSAMMANN, KURT F. SIEBER, CHRISTOPH REGLI UND PASCAL FREY

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Mit Beschluss Nr. 158 wurde die Motion betreffend «Unvereinbarkeit» der Gemeinderäte Peter Hausammann, Kurt F. Sieber, Christoph Regli und Pascal Frey vom Stadtrat am 2. Juni 2020 beantwortet. Der Stadtrat beantragt in seiner Beantwortung an den Gemeinderat, die Motion für nicht erheblich zu erklären. Es ist unsere Aufgabe, im Rat zu debattieren, ob wir dem Antrag des Stadtrats folgen möchten oder die Motion für erheblich erklären und dem Stadtrat zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs zuweisen.

Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP), Referent im Namen der Motionäre: Wir Motionäre danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Motion. Die Motionäre wollen keineswegs in die Wahlfreiheit – passives oder aktives Wahlrecht – eingreifen, sondern nur die gleichzeitige Ausübung verschiedener Mandate ausschliessen. Die Motionäre stellen ausdrücklich allen Stadtratsmitgliedern frei, für jedes Amt zu kandidieren. Besonders bei einem 100%igen Mandat (Vollamt) darf die Stimmbürgerin und der Stimmbürger erwarten, dass die ganze Kraft diesem Amt zur Verfügung gestellt wird und nicht mit Stellvertreterregelungen gearbeitet werden muss. Eine Führungsaufgabe ist nicht sinnvoll aufteilbar. Im Reglement über die Besoldung der Mitglieder des Stadtrats ist Folgendes geregelt:

- Art. 7 Abs. 1: «Ordentliche Entschädigungen, die ein Mitglied des Stadtrats für seine Tätigkeit in Behördenvorständen oder Verwaltungsräten juristischer Personen des öffentlichen oder privaten Rechts erhält, in die es von der Gemeinde direkt oder indirekt abgeordnet worden ist, fliesen in die Stadtkasse.»

- Art. 7 Abs. 2: «Das Stadtpräsidium hat allfällige Taggelder für die Sitzungen des Grossen Rats und seiner Kommissionen der Stadtkasse abzuliefern.»

Hätten damals die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ein Nationalrats- oder Ständeratsmandat schon in Erwägung gezogen, wäre dies im Reglement schon berücksichtigt worden und es wäre eine Selbstverständlichkeit, dass solche Taggelder an die Stadtkasse abgeliefert werden müssen. Die Motionäre begrüessen auch, dass die Erfahrungen aus dem Stadtpräsidium in die Bundespolitik eingebracht werden. Dies jedoch nicht nebeneinander, sondern nacheinander. In vielen Gesprächen haben wir Motionäre im Volk eine grosse Unterstützung gespürt. Die Motionäre empfehlen, die Motion als erheblich zu erklären.

Gemeinderat Samuel Kienast (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Wir haben diese Motion kontrovers diskutiert und sind uns nicht einig geworden. Wir werden unterschiedlich abstimmen. Wir werden alle Varianten von Ja und Nein bis zur Enthaltung ausüben.

Die Argumente, diese Motion erheblich zu erklären, haben wir von den Motionären gehört. Dem hält ein Teil unserer Fraktion entgegen, dass es wichtig ist, dass sich auch ein Stadtpräsident politisch im Nationalrat engagieren dürfen soll. Und es könnte auch gerade Teil seiner Führungsaufgabe sein, dass er die Interessen der Stadt in Bern vertritt. Übrigens hatten auch schon frühere Stadtpräsidenten für den Nationalrat kandidiert, keiner wurde gewählt, aber damals war das offensichtlich kein direktes Thema. Wir sind uns aber in der Fraktion sehr einig, dass das Thema wichtig ist und dass es auch zu diesen Doppelmandaten eine Regelung braucht. Und es ist wichtig, dass dies jetzt im Vorfeld gemacht wird, damit man nicht, falls der Fall eintritt, «husch-husch» etwas auf die Beine stellen muss und dann irgendeine improvisierte Lösung hat, die dann vielleicht eben nicht so zufriedenstellend ist. Auch diejenigen unter uns, die die Motion nicht für erheblich erklären, werden darauf bestehen, dass so eine Regelung wie versprochen bis Ende 2021 vorgelegt wird. Wir finden es sehr wichtig, dass nicht nur das Gehalt angeschaut

wird, sondern auch, wie man es mit den Pensen regeln kann, damit es vertretbar ist und wie auch ein Stadtpräsident gut vertreten werden kann in der Zeit, in der er abwesend ist. In diesem Sinn werden wir unterschiedlich abstimmen und sind gespannt, wie das Resultat im ganzen Gemeinderat ausfallen wird.

Gemeinderätin Ursula Duewell (FDP), Referentin im Namen der Fraktion FDP: Wir danken den Motionären an dieser Stelle für die vorliegende Motion. Auch wir sind der Meinung, dass die Frage nach der Unvereinbarkeit vom Amt als Stadtpräsident und dem Amt als National- und/oder Ständerat vor den nächsten Wahlen geregelt werden sollte. Unsere National- und Ständeräte arbeiten im Milizsystem. Diese Arbeit gilt als nebenamtliche Tätigkeit für den Staat. Jeder, der das Schweizer Bürgerrecht besitzt, mindestens 18 Jahre alt ist und nicht unter umfassender Beistandschaft steht, hat das Recht, sich wählen zu lassen. Die geforderte Unvereinbarkeitsbestimmung schränkt nicht nur das passive, sondern auch das aktive Wahlrecht der Bürger ein. Wenn wir für ein Milizprinzip eintreten, muss es möglich sein, dies mit dem jeweiligen Beruf zu vereinbaren. Aus unserer Sicht wäre ein National- oder Ständeratsmandat mit dem Amt als Stadtpräsident von Frauenfeld vereinbar. Eine stärkere Vertretung der Städte im National- oder Ständerat wäre aus Sicht der FDP zu begrüßen, müssen doch viele Gesetze, die vom Bund und Kanton verabschiedet werden, auf Stadtebene umgesetzt werden. Wir begrüßen den Vorschlag des Stadtrats, das Reglement anzupassen und damit klare Regeln betreffend Abgabe der Entschädigung und auch betreffend Anzahl Stadträte, die gleichzeitig im National- oder Ständerat vertreten sein dürfen, festzulegen. Auch sollte eine flexible Aufteilung der Stellenprozente im Stadtrat unseres Erachtens möglich sein. Die Fraktion FDP wird grossmehrheitlich die Motion als nicht erheblich erklären.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Trotz der vielen anstehenden Traktanden haben auch wir uns mit dieser Motion intensiv beschäftigt. Gewisse Argumente in der Beantwortung des Stadtrats konnten nachvollzogen werden, andere nicht. So sind wir in der Fraktion nicht alle einer Meinung. Konsens herrscht aber dennoch darüber, dass die Auslastung für unser Stadtpräsidium, welches auch noch in Bern politisieren möchte, zu hoch wäre. Dies insbesondere mit dem in der Stadt Frauenfeld auf das vollamtliche Stadtpräsidium ausgerichteten System, welches eine Anwesenheit unserer Meinung nach klar voraussetzt. Wir verlangen von unserem Stadtpräsidium Arbeit und nicht nur Repräsentation. Dazu kommt, dass das Amt in den letzten Jahren immer anspruchsvoller geworden ist und es sicherlich nicht weniger wird in naher Zukunft. Wir gehen auch davon aus, dass das Volk seine gewählte Vertretung auf dem Stuhl sitzen wissen möchte und nicht eine mögliche Vertretung, die durch das weitergegebene Geld finanziert wird. Dem Volkswillen kann also nur zum Teil entsprochen werden. Wenn das Präsidium in Bern ist, wer vertritt es dann? Das Vizepräsidium hat ja nur ein 50%-Pensum, somit ist im Stadtrat selbst schon eine Vertretung nicht automatisch gelöst. Die Ämter haben auch jetzt schon grosse Pensen zu bewältigen, und jemanden einstellen, der dann wieder gehen muss, wenn das Stadtpräsidium einen anderen Weg geht oder abgewählt wird, ist auch schwierig. Denn Führungskräfte lassen sich selten auf solche Deals ein. Dass sich die Stadt in Bern einbringen möchte, ist legitim. Dies kann aber auch über ein nebenamtliches Stadtratsmitglied geschehen. Das Wahlrecht des Stadtpräsidiums wird unserer Meinung nach in keinsten Weise eingeschränkt. Denn ein Stadtpräsidium kann sich weiterhin um ein Amt in Bern bewerben und zur Wahl antreten. Es kann sogar seine Bekanntheit durch das Amt ausnutzen. Es muss sich einfach nach einer allfällig erfolgreichen Wahl entscheiden, wo es hingehen soll. Sinnvollerweise wird es meiner Meinung nach bereits bei einer Kandidatur bekanntgegeben. Die Frage, weshalb ein Kantonsratsmandat möglich ist, ein Stände- oder Nationalratsmandat nicht, wurde in der Fraktion auch diskutiert. Wir sind der Ansicht, dass irgendwo die Grenze zwar gezogen werden muss, es aber auch möglich wäre, sie an einem anderen Ort zu ziehen. Dass die Entschädigungsfrage gelöst werden muss, ist sowieso klar. Und dass das Geld zur Stadt fliessen soll, wenn das Amt nicht mehr voll ausgefüllt werden kann, ist aus den vorigen Erklärungen ebenfalls ersichtlich.

Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Zur Motion habe ich zwei Vorbemerkungen, die uns wichtig scheinen.

1. Es geht bei dieser Motion nicht um die Person des amtierenden Stadtpräsidenten, es geht ganz allein um die Funktion des Stadtpräsidiums und darum, wie dieses zum Nutzen der Frauenfelder Bevölkerung ausgeübt wird. Es ist immer besser, rechtzeitig klare Spielregeln zu schaffen, um nicht überrascht zu werden, wenn dann irgendwann das Problem einmal vor der Tür steht.
2. Bei der angestrebten Unvereinbarkeitsregelung geht es nicht darum, dass dem Stadtpräsidenten untersagt wird, für ein Mandat in Bern zu kandidieren. Ebenso wenig ist es einem amtierenden National- oder einer Ständerätin untersagt, für das Frauenfelder Stadtpräsidium zu kandidieren. Es geht einzig darum, dass sich die Person im Fall einer Wahl entscheiden muss, welches Amt sie ausüben will und welches Amt sie abgeben will.

Ich kann es vorwegnehmen. Das Bild bei uns ist vergleichbar mit dem in anderen Fraktionen. Es herrscht bei uns kein Konsens, was die Erheblicherklärung der Motion betrifft. Eine knappe Mehrheit von uns wird die Motion unterstützen, während eine starke Minderheit der Auffassung ist, dass die Motion das Wahlrecht unverhältnismässig stark einschränkt.

Der Stadtrat ist gegen die Motion. Sein Hauptargument lautet, dass die Anliegen der Städte besser in Bern vertreten sein müssen und die Motion hier eine unnötige Hürde einbaue. In diesem Punkt sind wir einer Meinung mit dem Stadtrat. Die Städte finden im nationalen Kontext zu wenig Gehör. Wir denken da vor allem an die Agglomerationspolitik, die Verkehrspolitik oder auch die Umweltpolitik. Es ist Fakt, dass die ländliche Schweiz in Bern überrepräsentiert ist. Ob es für die Vertretung dieser urbanen Schweiz in Bern unbedingt den Stadtpräsidenten braucht, darüber gehen die Meinungen bei uns auseinander. Die Interessen der Städte kann selbstverständlich auch ein nebenamtlicher Stadtrat oder eine nebenamtliche Stadträtin vertreten, die über das entsprechende Zeitbudget verfügt und zudem noch spezifische Ressortkenntnisse einbringen kann. Es kommt hinzu, dass viele Nationalrätinnen und Ständeräte aus ihrem früheren politischen Leben über Exekutiverfahrungen verfügen und diese in Bern auch sehr gut einbringen können. Weiter gibt es den Schweizerischen Städteverband, der die Stimme der Städte in Bern sehr effizient vertritt, beispielsweise bei Vernehmlassungen. Der Stadtrat nennt dann Beispiele aus anderen Städten, wo Stadtpräsidenten gleichzeitig ein Mandat in Bern wahrnehmen und dort die Interessen ihrer Stadt direkt einbringen. Die genannten Beispiele in der Botschaft sagen allerdings nichts darüber aus, wie gut die politische Führung dieser Städte bei den Abwesenheiten des Stadtoberhauptes dann wirklich funktioniert. Ein weiterer Punkt: Man muss ganz genau hinschauen, wenn man sich mit anderen Städten vergleicht, wie die Exekutiven tatsächlich organisiert sind. Ich nehme das Beispiel von Kurt Fluri, das in der Botschaft erwähnt wird, das ist der Stadtpräsident von Solothurn und bekannter Nationalrat in Bern. Er lebt in einer Stadt, wo es kein Parlament gibt. Das heisst, es geht dort etwas ruhiger zu. Und die Exekutive in Solothurn zählt 30 Mitglieder. Diese Dinge sind also sehr schwierig zu vergleichen.

Der wichtigste Punkt aber in der ganzen Diskussion um die Motion ist für uns die Frauenfelder Verfassung. Diese legt ganz klar fest, dass das Stadtpräsidium ein Vollamt ist. Die Verfassung räumt unserem Stadtpräsidenten oder der Stadtpräsidentin damit eine ganz besondere Stellung ein. Sie bzw. er hat ihre/seine ganze Kraft für die Stadt einzusetzen. Anders ist es bei den nebenamtlichen Stadträtinnen und Stadträten, die nur einen Teil ihrer Ressourcen für die Führung der Stadt einsetzen. Man kann nun darüber diskutieren, ob die geltende Aufteilung in Frauenfeld noch richtig und zeitgemäss ist, wenn man sich die Bedeutung und Arbeitsbelastungen der einzelnen Ressorts vor Augen führt. Dafür müsste man aber zuerst einmal die Gemeindeordnung ändern und bspw. die Pensen anders aufteilen. Zum Beispiel alle Stadtratsmitglieder inklusive Präsidium hätten ein 60-70%-Pensum. Darüber kann man durchaus diskutieren, doch so weit sind wir noch nicht. Wir haben uns an die geltende Gemeindeordnung zu halten, die nun mal ein Vollamt vorsieht.

Ein weiteres Argument des Stadtrats: Er hält fest, dass die Arbeitsbelastung aus seiner Sicht kein Kriterium sei. Das müsse jede und jeder selber verantworten, wie er mit seinem Zeitbudget umgeht. Das Stichwort dazu kennen wir, es heisst Eigenverantwortung. Natürlich kann man 170 % arbeiten, man kann auf die Ferien verzichten, man kann mit 4-5 Stunden Schlaf auskommen, man kann die Wochenenden durcharbeiten und die Beziehung zu seinen Kindern nach dem Motto «alles ist eine Frage der Qualität und nicht der Quantität» gestalten. Man kann es jedoch drehen und wenden, wie man will, das geht ganz einfach nicht auf. Aber letztlich geht es auch nicht darum, dass wir unseren Politikern und Politikerinnen einen bestimmten Lebensstil vorschreiben. Entscheidend sind vielmehr die Interessen der Frauenfelder Bevölkerung und der Steuerzahler, die das Stadtpräsidium mit 240'000 Franken gut entlönnen und dafür zu Recht eine volle Gegenleistung erwarten. Und nicht zuletzt: Es gibt in der Schweiz einen gesunden Reflex gegen Ämterkumulationen und zu viel Macht in einer Person. Damit ist die Schweiz bis jetzt gut gefahren. Dem sollten wir Rechnung tragen und jetzt entsprechende Regeln in Auftrag geben. Im Sinn der Mehrheit unserer Fraktion ersuche ich Sie deshalb um Erheblicherklärung der Motion.

Gemeinderat Andres Storrer (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Vieles wurde bereits erwähnt. Mein Votum im Namen der Fraktion SVP/EDU verkürzt sich dadurch auf drei Punkte, die uns am Herzen liegen.

1. Im Motionstext ist aus aktuellem Anlass das Stadtpräsidium erwähnt. Auch wir sind der Auffassung, dass selbstverständlich in erster Linie sämtliche Exekutivmitglieder als Inhaber eines Vollamts betroffen sein sollen. Obschon, auch bei geringeren Arbeitspensen würde sich eigentlich die Frage nach der Verträglichkeit aufdrängen.
2. Wer ein Amt mit einem 100%-Pensum annimmt, soll seinen Effort dementsprechend einbringen. Kaum ein Arbeitgeber würde seinem Arbeitnehmer eine derartige Nebenbeschäftigung erlauben, obschon in einem Arbeitsverhältnis ein sehr konkreter Leistungsnachweis und die Aufhebung des Verhältnisses im Bedarfsfall deutlich kurzfristiger möglich wäre.
3. Die Rollen der National- und Ständeräte haben sich deutlich verändert. Ein 50%-Pensum ist heute sehr optimistisch, sind doch die Anforderungen zwischenzeitlich definitiv klar gestiegen, daher erachten wir die Motion einstimmig als erheblich.

Stadträtin Elsbeth Aepli (CVP): Ich spreche als Vizepräsidentin im Namen des Stadtrats zu dieser Motion. Wie wir in der Motionsbeantwortung festgehalten haben, war der Stadtpräsident in diesem Geschäft immer im Ausstand. Wir haben alles in seiner Abwesenheit diskutiert und beschlossen.

Die Ausführungen in der Motionsantwort vom 2. Juni 2020 sind bekannt, diese wiederhole ich nicht. Letztlich ist es einfach die Frage: Soll eine Unvereinbarkeit von Stadtpräsident und Nationalrat gesetzlich verankert werden oder soll das Stimmvolk im Einzelfall darüber entscheiden? In der Motion wird richtig festgehalten, dass der Stadtpräsident gemäss Gemeindeordnung vollamtlich ist. Das wurde heute nochmals so gesagt, und ich habe mich dann gefragt: Was heisst vollamtlich? Ich komme darauf noch zurück.

Zuerst vielleicht etwas zum Vorgehen: Der Gemeinderatspräsident hat es gesagt, bei Erheblicherklärung muss etwas ausgearbeitet werden. Gemäss Geschäftsreglement ist aber nicht so klar, ob das dann an den Stadtrat zur Ausarbeitung geht oder an eine Kommission. Das müsste der Gemeinderat noch entscheiden. Wenn es wirklich an den Stadtrat geht, müssen wir innert sechs Monaten die Botschaft machen, einen Vorschlag zur Anpassung der Gemeindeordnung würde kommen, bei Gutheissung durch den Gemeinderat kommt es dann zur Volksabstimmung. Die Abstimmungsbotschaft, das möchte ich einfach hier schon gesagt haben, müsste ja dann wieder vom Stadtrat gemacht werden. Ein wenig contre coeur, aber ich denke, das würden wir sicher schaffen. Wir würden dann unsere Argumente im Sinn der gegnerischen Argumente ausführen. Dann würde das Frauenfelder Volk darüber entscheiden. Bei Nichterheblicherklärung haben wir gesagt, bringen wir Vorschläge betreffend finanzieller und organisatorischer Regelungen.

Was heisst eigentlich vollamtlich? Ich glaube, man kann das Amt des Stadtpräsidenten nicht einfach als 100%-Job bezeichnen, sonst wäre er vermutlich häufig gar nicht anwesend, wenn man von einer 43-Stundenwoche ausgehen würde. Ein Vollamt ist einfach irgendwie so, dass man immer da sein sollte. Man sollte möglichst auch keine Ferien machen, ausser für seine Gesundheit. Eine Arbeitszeiterfassung gibt es für den Stadtpräsidenten nicht, alle anderen Personen bei der Stadt Frauenfeld inklusive Amtsleiter stempeln. Da weiss man, wie viel Zeit sie aufwenden, auch die Nebenamtlichen machen ja höchstens freiwillig eine Arbeitszeiterfassung. Also habe ich mich gefragt: Was ist vollamtlich? Vollamtlich sich für die Stadt einsetzen, das heisst, der Stadtpräsident ist eigentlich relativ frei, was er macht. Von Gesetzes wegen ist klar, er muss dem Finanzwesen vorstehen, das steht in Art. 42 Abs. 3 der Gemeindeordnung. Und dann ist ebenfalls unbestritten klar, ein vollamtlicher Stadtpräsident kann im Kantonsrat sein. Dass der Frauenfelder Stadtpräsident im Kantonsrat ist, ist ja schon fast zur Gewohnheit geworden. Auch Stadtpräsidenten anderer Gemeinden sind im Kantonsrat. Und was macht der Stadtpräsident im Kantonsrat? Er vertritt dort namentlich die Interessen der Stadt Frauenfeld, der Frauenfelder Bevölkerung. Wie viel ist ein Kantonsratsmandat? Darüber kann man diskutieren: 15, 20, 30 %? Das haben die Vorgänger auch gemacht. Stadtpräsident Hans Bachofner, Carlo Parolari. Sie haben das alle immer im Sinn des Vollamts voll im Interesse von Stadt und Bevölkerung von Frauenfeld gemacht. Dann ist ein Stadtpräsident in regionalen und überregionalen Kommissionen auch zum Nutzen der Frauenfelder Bevölkerung vertreten, auch das gehört zu seinem Vollamt. Und dann heisst es ja auch immer wieder, und das macht der Stadtpräsident auch, er soll nach Bern reisen, um für die Anliegen der Stadt zu weibel, für Geld aus dem Agglofond, das wird gewünscht und wird eben auch gemacht. Wenn es irgendwo für irgendeine dieser Kommissionen Geld gibt oder vom Kantonsrat, muss er das abliefern. Wenn es nun im Reglement heisst, über die Besoldung stehe nur das vom Kantonsrat, es stehe nichts vom Nationalrat, dann muss ich sagen, wer sich erinnern kann, wie man das 2013 gemacht hat, da war das einfach halt kein Thema. Das ist ein Reglement, das der Gemeinderat anpassen kann. Da kann man ohne Weiteres auch die Nationalratsentschädigung noch hineintun. Aber es stellt sich wirklich die Frage: Kantonsrat kann er sein, er kann in regionalen und überregionalen, auch schweizerischen Kommissionen mitwirken, das wird sogar gewünscht, das kann alles miteinander gut und gern auch ein Pensum von 40 oder 50 % geben, und Nationalrat soll nicht gehen mit dem Vollamt, das soll dann nicht der Frauenfelder Bevölkerung dienen? Das ist es ja, wenn man sagt, er müsse im Vollamt Stadtpräsident sein.

Wir wissen aber alle, und das wurde heute auch gesagt, wie viel in Bundesbern entschieden wird. Dort muss man am richtigen Hebel ziehen, die Abläufe kennen, gerade wie man zu Bundesgeldern kommt. Aus meiner Sicht ist wirklich klar, ein Nationalratsmandat kann mit einem vollamtlichen Stadtpräsidenten vereinbart werden, solange er sich neben anderem auch für die Stadt Frauenfeld einsetzt. Das kann ja das Stimmvolk dann jedes Mal entscheiden.

Es ist heute gesagt worden, ein nebenamtlicher Stadtrat könne ja ins Bundesparlament und so das Wissen einbringen. Das ist schön und gut, das ist wahr, das kann man, aber wenn man so die Befürchtung hat, der vollamtliche Stadtpräsident würde sich dann nicht mehr ausreichend für die Stadt einsetzen, dann ist das nebenamtlich genau das gleiche Problem. Er ist nebenamtlich 50 oder 60 %, hat einen Job, den man überhaupt nicht kontrollieren kann, was er politisch noch macht und dann ist er noch Nationalrat. Wo er dann die Abstriche macht, ob er es beim nebenamtlichen Stadtratsmandat macht oder bei seinem privaten Job, das kann man ja auch nicht wissen. Man muss einfach auch darauf vertrauen, dass er das nebenamtliche Stadtratsmandat nach wie vor gut macht und darauf kann man ja auch beim Stadtpräsidenten vertrauen.

Dass es einen Nutzen hat, wenn ein Stadtrat oder Stadtpräsident im Bundesparlament ist, ist unbestritten, dazu haben wir ausführlich Stellung genommen. Da haben wir auch erfreut zur Kenntnis genommen, dass das auch seitens Motionäre, seitens CH/GP/GLP auch anerkannt wird. Die Anliegen der Städte sind wirklich untervertreten. Die Frage ist, wie man da besser Einfluss nehmen kann. Ich kann mich persönlich erinnern, dass Hans Bachofner, als wir gemeinsam im

Stadtrat waren, häufig nach Bern pendelte. Er hat mir immer wieder gesagt, es ist einfach schon mühsam, wenn man im Nationalrat wäre, hätte man den direkteren Draht.

Wir haben in der Antwort geschrieben, dass unseres Erachtens das Stimmvolk im Einzelfall entscheiden sollte. Das Frauenfelder Stimmvolk kann alle vier Jahre entscheiden, ob es mit dem Stadtpräsidenten zufrieden ist. Das Frauenfelder Stimmvolk kann alle vier Jahre recht wesentlich mitentscheiden, ob der Stadtpräsident im Kantonsrat ist und es kann auch wesentlich mitentscheiden, ob der Stadtpräsident in den Nationalrat soll. Wenn es heisst, es gibt einen Reflex gegen Ämterkumulationen, wenn das so ist, dann gilt dieser Reflex und der Stadtpräsident wird nicht in den Nationalrat gewählt. Aber das ist dann ein Entscheid des Stimmvolks und nicht eine gesetzliche Anordnung.

Es ist auch beim Nationalratsmandat so, auch wenn der ganze Kanton wählen muss, das wissen Sie bestens hier, wenn ein Stadtpräsident aus Frauenfeld kandidiert und die Unterstützung der Frauenfelder Bevölkerung nicht hat, wird er auch nicht in den Nationalrat gewählt. Wir haben Beispiele aufgeführt mit Stadtpräsidenten, die das gut machen. Kurt Fluri haben wir aufgeführt, es kann sein, dass Solothurn ein wenig anders organisiert ist, aber Kurt Fluri ist nicht nur Nationalrat, der ist sinnigerweise auch noch Präsident des Schweizerischen Städteverbands. Und dass Solothurn es gut findet, dass er im Nationalrat ist, dass er immer wieder gewählt wird, zeigt ja, dass es gut funktioniert. Es ist mir schon klar, es ist nicht jede Stadt gleich organisiert. Aber ich glaube, auch Städte wie Lausanne, Bern oder Biel haben immer davon profitiert, dass ihre Stadtpräsidenten im Nationalrat waren.

Heute hat es wieder geheissen, auch in der Motion selber, man könne das ja nacheinander machen, zuerst Stadtpräsident und dann in den Nationalrat. Aber ich glaube, dass das wirklich etwas bringt, damit wirklich die Anliegen von Frauenfeld gut platziert werden können, braucht es diese Parallelität bzw. die ist sehr, sehr hilfreich. Wenn man sich das reell anschaut, wenn man weiss, nach der Wahl gibt es nur «entweder oder», dann ist eigentlich sobald ein Stadtpräsident für ein Nationalratsmandat kandidiert, das schon eine Quasi-Kündigung als Stadtpräsident, und das macht die Situation wirklich schwierig. Es ist nicht so ganz die freie Wahl, dass man sagen kann, er kann ja frei kandidieren und dann kann er frei entscheiden. Faktisch werden die Frauenfelder sagen, wenn jemand für den Nationalrat kandidiert, muss er es im Voraus sagen, denn nachher wird er nur Nationalrat sein, sonst muss er ja gar nicht kandidieren. Und wenn er dann nicht gewählt wird, ist es noch schwieriger. Fakt ist ja auch, man muss in der Regel mehr als einmal kandidieren, um als Nationalrat gewählt zu werden. Das finde ich ein wenig Augenwischerei, wenn man sagt, man könne das nacheinander machen. Im Thurgau haben wir Erfahrung mit Regierungsräten, die für das nationale Parlament kandidieren, das ist ja absolut zulässig. Wenn sie gewählt sind, sind sie eher als Ständerat gewählt, dann sind sie als Regierungsrat zurückgetreten, haben das zum Teil im Voraus gesagt. Ich glaube deshalb schon, wenn es ein Ständeratsmandat ist, ist es etwas Anderes als das Nationalratsmandat. Wichtig ist, das ist immer ein freier Entscheid. Sie können sagen, auf wann sie zurücktreten. Das Volk kann sie dann wählen im Wissen, dass sie einen Rücktrittsentscheid bekanntgegeben haben oder eben nicht. Es ist nicht zwangsläufig. Man kann dann auch über den Zeitpunkt des Rücktritts sprechen oder dass man nicht mehr zur Wahl antritt, wie das letzte Mal Regierungsrat Jakob Stark, dann gibt es eine Übergangszeit, das kann man dann gut regeln. Ich glaube wirklich, entscheidend ist, dass man das innerstädtisch organisiert. Da haben wir ja gesagt, das würden wir gern etwas genauer regeln, damit ein Stadtpräsident für das Nationalratsmandat die nötige Zeit aufwenden kann, und das ist halt wirklich eine Organisationsfrage. Es wurde gesagt, Nationalrat ist ein Milizparlament. Unternehmer beispielsweise sind ja auch gefragt und bei denen fragt dann auch niemand, wie er das organisiert. Peter Spuhler wurde mit Glanzresultaten gewählt. Man ging davon aus, das regelt er dann schon irgendwie intern. Auch Diana Gutjahr wurde so als Unternehmerin gewählt. Die müssen den Hauptjob gut organisieren, damit es aufgeht. Und genau das muss im Stadtrat auch passieren. Der Stadtrat als Gesamtgremium regelt gemäss Art. 41 der Gemeindeordnung die Organisation der Verwaltung in einer eigenen Verordnung, einer Verwaltungsverordnung, ist also relativ frei, welche Arbeiten dem Stadtpräsidenten und welche Arbei-

ten den Stadträten in den jeweiligen Departementen zugeordnet werden. Diese Organisationsfreiheit ist wichtig und richtig. Man kann die städtische Verwaltung neuen Bedürfnissen anpassen, das hat man beispielsweise auch 2015 mit der Reorganisation gemacht. Man hat damals im Wissen veränderter Bedürfnisse beim Stadtpräsidenten die Werkbetriebe weggenommen oder ihn damit entlastet, wie man es sagen will. Auf dieses Jahr hin wurde entschieden, die Liegenschaftsverwaltung mit den Landgeschäften zum Departement Bau und Verkehr zu übertragen. Der Stadtrat hat also als Gremium bewiesen, dass er in der Lage ist, die Organisation veränderten Bedürfnissen anzupassen und das könnte man sicher machen. Sicher muss sich der Gesamstadtrat dann Gedanken machen, das haben wir uns im Stadtrat auch gemacht im Frühling 2019 mit den bisherigen Stadträten, die da im Amt waren, aber mit den neuen Stadträten haben wir das damals diskutiert, wie man das machen würde, und man hat das relativ detailliert angeschaut und ich glaube und bin überzeugt, dass man das auch in einem anderen Fall machen könnte. Ich glaube, diese Offenheit haben wir. Wenn die nebenamtlichen Stadträte nicht hinter dieser Kandidatur stehen würden, würden sie nicht Hand bieten für organisatorische Anpassungen. Das würde sicher publik werden und das Stimmvolk könnte dann seine Folgerungen ziehen. Aber man muss das nicht im Gesetz schon vorab verbieten. Da ist der Stadtrat insgesamt fähig genug, das zu machen. Es braucht diese Einschränkung des Wahlrechts nicht, es braucht für eine Einschränkung, und eine Unvereinbarkeitsregelung ist eine Einschränkung, ein öffentliches Interesse und es muss verhältnismässig sein. Unseres Erachtens ist beides hier nicht erfüllt. Das öffentliche Interesse ist eigentlich der volle Einsatz des Stadtpräsidenten und das schliesst ein Nationalratsmandat eben gerade nicht aus. Wie gesagt, einzelne Punkte sollten wir sicher vorab klären und im Besoldungsreglement, allenfalls in der Verwaltungsverordnung regeln. Theoretisch könnte man auch das Thema Vollamtlichkeit in der Gemeindeordnung anpassen. Wenn man das dort anpassen möchte, kommt man vermutlich in eine ganze Reorganisationsdiskussion hinein, aber ich meine, bei Nichterheblicherklärung könnte man das befriedigend auf Stufe Gemeinderat regeln und dort ausdiskutieren, und dann wäre das, vorausgesetzt es gibt kein fakultatives Referendum, sofort erledigt im Gesetz. In dem Sinn beantragen wir Nichterheblicherklärung.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Vielen Dank für die Erwähnung von Art. 41 Abs. 4. Ich habe mir das für nach der Abstimmung aufgehoben. Es ist richtig, dass grundsätzlich der Gemeinderat darüber befindet, wem die Motion bei Erheblicherklärung zugewiesen wird. Die Motionäre bitten aber in ihrer Motion eindeutig, dass der Stadtrat dies tut. Es steht dem Gemeinderat aber frei, das zu bestimmen.

Abstimmung

Die Motion «Unvereinbarkeit» von Peter Hausammann, Kurt F. Sieber, Christoph Regli und Pascal Frey wird mit 21 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen als erheblich erklärt und mit 37 Stimmen dem Stadtrat zugewiesen.

60

INTERPELLATION BETREFFEND «MODELLREGION ELEKTROMOBILITÄT FRAUENFELD» VON GEMEINDERÄTIN IRINA MEYER

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Mit Beschluss Nr. 60 wurde die Interpellation betreffend «Modellregion Elektromobilität Frauenfeld» von Irina Meyer vom Stadtrat am 25. Februar 2020 beantwortet. Wir dürfen den Inhalt der Interpellation und der Antwort nun noch in diesem Parlament beraten. Da die Interpellantin Irina Meyer nicht mehr in diesem Parlament amtiert, wurde die Interpellation per Schreiben vom 8. Juli 2020 an das Präsidium von Gemeinderat Stefan Leuthold fristgerecht übernommen.

Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im Namen und in Vertretung der Interpellantin: Gern habe ich die Interpellation «Modellregion Elektromobilität Frauenfeld» von meiner früheren Ratskollegin Irina Meyer übernommen. Die stadträtliche Antwort ist zufriedenstellend, sie greift die wesentlichen Punkte auf und beantwortet sie ausführlich. Besten Dank an alle, welche bei der Ausarbeitung beteiligt waren. Ich möchte mit Ihnen aber nicht über Vorteile und Nachteile der E-Mobilität diskutieren, das wurde in der Antwort zur Interpellation bereits gemacht und ist nicht das Kernanliegen. Es geht um die technische Herausforderung, welche diese Entwicklung auf Stadtgebiet mit sich bringt. In Anbetracht der stetig zunehmenden Anzahl strombetriebener Fahrzeuge ist es wichtig, zeitversetztes und gesteuertes Laden im Rahmen von Smart Grids praxisnah erforschen und testen zu können, um teure Fehlinvestitionen im Bereich der Stromnetze zu vermeiden. Ich beantrage Diskussion.

Abstimmung

Dem Antrag auf Diskussion wird einstimmig zugestimmt.

Gemeinderat Stefan Leuthold (GLP), Referent im Namen und in Vertretung der Interpellantin: Die Entwicklung der Mobilität in den letzten 200 Jahren ist eine unglaubliche Geschichte. Bewegte sich der Mensch bis Mitte des 19. Jahrhunderts noch zu Fuss oder auf dem Pferd, entstand mit dem Aufkommen des Industriezeitalters die Idee, auf Maschinen zu reiten. Die ersten Benzinkutschen entstanden um 1880 und die zunehmende Verbreitung von fossilen Treibstoffen für deren Antrieb hat die Mobilität richtiggehend befeuert. Die fossilen Treibstoffe haben sich weltweit durchgesetzt und uns dorthin gebracht, wo wir heute stehen. Sie haben eine rasante wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht und in vielen Bereichen technischen Fortschritt gebracht. Aber der motorisierte Individualverkehr hat auch die Zersiedelung gefördert, massenweise Unfälle und Verkehrsprobleme verursacht und für Lärm und schlechte Luft gesorgt. Das gilt bis heute. Weniger Mobilität wäre die beste Mobilität. Und doch möchten und können wir nicht vollumfänglich darauf verzichten. Seien wir ehrlich, dafür sind wir zu bequem oder es ist nicht mit unserer beruflichen oder familiären Situation vereinbar. Also braucht es Alternativen. Die E-Mobilität ist eine solche Alternative. Sie bringt nicht zwingend weniger Unfälle, auch löst sie keine Verkehrsprobleme und trägt auch nicht direkt zur Reduktion der Zersiedelung bei. Aber immerhin stossen E-Autos bis zu zwei Drittel weniger Schadstoffe aus und verursachen nur noch minimalen Lärm. Und ganz wichtig: Nur zusammen mit der Verwendung von erneuerbarem Strom können die Vorteile der Elektromobilität voll ausgeschöpft werden. Die Automobilverkäufe in der Schweiz im Jahr 2019 sprechen eine deutliche Sprache. Dieselaautos -11.9 %, Benzinautos nur gerade +1.9 % gegenüber dem Vorjahr. Die Anzahl Neuzulassungen bei den Elektroautos stieg von 2018 auf 2019 um sagenhafte 143.9 %. Okay, die Verkaufszahlen liegen auf tiefem Niveau, aber sie zeigen doch an, wohin die Reise geht. Erfreulicherweise ist unser Kanton mit 7.4 % der neu eingelösten Personenwagen im Jahr 2019 nationaler Spitzenreiter in der E-Mobilität.

Nun zum Kernanliegen der Interpellation, dem Schaffen einer Modellregion Elektromobilität Frauenfeld. Wie der Stadtrat richtig schreibt, stellt die E-Mobilität neue Herausforderungen an die Flexibilität der Stromnetze. Wenn auf einmal alle Besitzerinnen und Besitzer zum gleichen Zeitpunkt über Nacht ihre Fahrzeuge mit einem Supercharger aufladen, bricht die Stromversorgung in kurzer Zeit zusammen. Das gilt es zu verhindern. Ein durchdachtes Konzept für zeitversetztes und gesteuertes Laden ist wichtig für die Integration von erneuerbaren Energien und reduziert das Risiko der Überlastung der lokalen Verteilnetze. Der Kanton bietet zusammen mit dem Bundesamt für Energie in diesem Bereich Hilfe und Unterstützung an. Erfreulicherweise hat eine Delegation der Stadt Frauenfeld Kontakt mit der kantonalen Abteilung Energie aufgenommen, um die Schaffung einer Modellregion Thurgau elektrisch abzuklären. Das Fazit ist positiv. Allerdings ist seither konkret nichts mehr passiert. Offenbar wartet die Stadt, bis sich der Kanton bewegt und der Kanton, bis es die Stadt tut. Etwas zynisch könnte man hier auch von Beamtenmikado sprechen. Wie mir bestätigt wurde, laufen zurzeit dieselben Bestrebungen parallel auch in Kreuzlingen. Dort besteht seitens Regio Kreuzlingen bereits ein konkretes Projekt. Aus

meiner Sicht wäre es wünschenswert, dass Frauenfeld gemeinsam mit Kreuzlingen und dem Kanton am selben Strick zieht. Ich stelle mir vor, dass auf diese Weise ein reger Austausch von Erfahrungen möglich wird und damit raschere Fortschritte erzielt werden können. Ich bitte den Stadtrat und seine zuständigen Fachleute, vorausschauend weiterzuplanen und mit Hochspannung an diesem Thema dranzubleiben. Allerdings bin ich da nicht sehr optimistisch, die Beantwortung der Interpellation mit vier einfachen Fragen hat fast ein ganzes Jahr gedauert und in der Zwischenzeit geht bei der Elektromobilität die Post ab.

Gemeinderat Alfred Bloch (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Der Trend zum E-Auto ist unbestreitbar und wird sich in Zukunft noch verstärken. Es braucht aber unseres Erachtens nicht neue Projekte, sondern konkrete Massnahmen. Es muss gewährleistet sein, dass Thurplus genügend erneuerbare Energie liefern kann und die Solarenergieanlagen weiterhin gefördert werden. Ebenso muss Thurplus darauf achten, dass bei Neubauten Anschlüsse für Ladestationen vorhanden sind bzw. ist dies für das Baureglement zu bestimmen. Bei Tiefgaragen müssen genügend gross dimensionierte Anschlüsse vorhanden sein und es muss möglich sein, dass mehrere Autos in einer angemessenen Zeit aufgeladen werden können. Wir erachten es als dringend notwendig, dass rechtzeitig in die Infrastruktur für den Betrieb von E-Autos investiert wird. Dazu noch eine persönliche Bemerkung: Wir müssen uns aber auch immer wieder die Frage stellen, wo und wie die Batterien hergestellt werden, denn wir wissen alle, dass dies nicht immer umwelt- und menschengerecht geschieht. Und wir müssen uns auch die Frage stellen, wie die Batterien entsorgt werden. Auch das muss umweltgerecht geschehen können.

Gemeinderat Lorenz Weber (GLP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Die Fraktion CH/GP/GLP dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Wir nehmen daraus erfreut zur Kenntnis, dass der Stadtrat gewillt ist, die Elektromobilität zu fördern und somit einen Schritt in die Richtung der sauberen Fortbewegung zu tun. Auch wir von der Fraktion CH/GP/GLP sehen, dass die Elektromobilität kein Allerheilmittel gegen die CO₂-Belastung ist. Wir sind daher der Meinung, dass es am effizientesten wäre, man würde, sofern möglich, ganz auf das Auto verzichten. Wem dies allerdings aus beruflichen oder familiären Gründen nicht möglich ist, soll ein vernünftiges Ladestationennetz und somit eine einfache Nutzung des Elektroautos zur Verfügung stehen. Um dies weiter voranzutreiben, scheinen die Türen beim Kanton und privaten Firmen weit offen zu stehen. Wir waren daher in der Fraktion enttäuscht, dass trotz dieser offenen Türen noch kein konkreter Plan vorliegt. Wo fehlen in Frauenfeld konkret Ladestationen? Bis wann werden welche realisiert? Gibt es einen Terminplan für das BFE-Projekt mit dem Kanton Thurgau? Wann sollen Stadtbusse mit effizienteren Antrieben eingesetzt werden? Diese sind konkrete Fragen, welche auch nach der Beantwortung leider noch offenbleiben. Wir hoffen daher, dass der Stadtrat die im Allgemeinen sehr positive Einschätzung der Elektromobilität bald in konkrete Pläne weiterentwickelt. Denn erst wenn dies geschieht, schaffen wir es, die bis zu 100'000 Elektrofahrzeuge auf Thurgauer Strassen in den nächsten 15 Jahren auch in Frauenfeld wieder aufzuladen.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Vorab zwei Bemerkungen zu Interpellationen im Allgemeinen:

1. Umweltschutz heisst für uns Verzicht. Hauptsächlich auf Mobilität. Wer glaubt, dass wir mit Elektroautos unsere Umweltprobleme retten können und lösen, der predigt Wasser und trinkt Wein.
2. Bei dieser Interpellation geht es um den Umweltschutz. Ein Thema, welches jedes Mitglied hier im Saal sicher unterstützen kann. Man müsste sich einmal die Frage stellen, warum nicht 40 Unterschriften unter dieser Interpellation stehen. Die Antwort ist nach meiner Meinung einfach und die kann man sich auch selber geben. Deswegen müssen wir uns vielleicht einmal fragen, wie wir mit solchen Aktionen zum Ziel für unsere Umwelt kommen. Da nützt es auch nichts, wenn wir verkünden, dass wir an der heutigen Sitzung nur über die Elektromobilität diskutieren wollen und nicht allgemein über die Interpellation.

Die CVP/EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für seine ausführlichen und detaillierten Antworten zur Interpellation.

Zu Antwort 1: Es ist uns wohl allen klar, dass man die Elektromobilität fördern sollte. Aber stellen wir uns doch einmal vor, alle Frauenfelderinnen und Frauenfelder würden beim nächsten Autokauf auf Grün umstellen und Elektroautos kaufen. Wir von der CVP/EVP-Fraktion staunen, dass man der Meinung ist, wir haben danach unser Problem gelöst und so können wir das Problem lösen. Denken Sie an das Vorwort. Verzichten heisst die Lösung. Ist das Verzichten? Wir alle wissen, welche Art von Strom wir beziehen, wenn wir noch mehr Strom verbrauchen als bisher. Nämlich Atomstrom. Diesen wollten wir doch abschalten. Da fehlt eine Gesamtsicht. Was wir auch nicht vergessen sollten: Die Ökologie besteht auch darin, etwas so zu bauen, damit es möglichst lange genutzt werden kann. Das hat weder die Wirtschaft, und diese Interessen sind mir klar, noch die Politik begriffen. Ebenfalls ist beizufügen, dass man sich fragen muss, woher die Rohstoffe für diese Batterien kommen. Oder dürfen wir für unsere Umwelt legal bei Drittländern deren Bodenschätze plündern oder sie unter dem Stichwort Umwelt als Deponie benützen?

Antwort 2: Wir begrüssen, dass der Stadtrat eine Auslegeordnung vollzieht. Auch begrüssen wir, dass er vorwärtsght, aber mit Bedacht und einer Gesamtsicht.

Bei Antwort 3 wollen wir den Stadtrat so verstehen, dass er am Ball bleibt und alles macht, was immer der neuste Stand ist. Gegen eine Modellregion wehren wir uns nicht, wir tragen das gern mit, aber wenn es darum geht, mit Steuergeldern alle städtischen Autos innert kurzer Zeit auf Elektroautos umzupolen, kommen wir wieder mit unserem Satz: Verzichten.

Bei Antwort 4 begrüssen wir die Absicht des Stadtrats, eine verstärkte Elektromobilität zu prüfen. Wir warnen aber davor, unsere Umwelt nur mit Massnahmen zu schützen, welche der Staat bezahlt. Sonst sind wir beim Umweltschutz bald wie in der Landwirtschaftspolitik, wo nicht der grüne Wille zählt, sondern das clevere Ausfüllen von Formularen, um möglichst viel Geld vom Staat zu erhalten. Wir hoffen, dass das nicht das Ziel der Interpellanten und dieser Interpellation ist, sich den Umweltschutz einfach bezahlen zu lassen.

Ich komme zum Schluss. Geschätzte Damen und Herren Stadträte, es stehen auch noch ein paar Gemeinderäte hinter euch, wenn ihr nicht ganz das macht, was die Interpellanten wollen. Gehen Sie Ihren Weg und gehen Sie den Weg mit einer Gesamtsicht. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Rats, wir bedanken uns bei jedem und bei jeder, wenn ihr Elektromobile auch ohne Subventionen kauft. Und eben, Umweltschutz heisst Verzichten und nicht Effizienzsteigerung zum Wohl unserer Gesellschaft. Das im Sinne der Umwelt.

Gemeinderat Claudio Bernold (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Wir bedanken uns für die ausführliche Beantwortung der Interpellation und das Bekenntnis des Stadtrats, der Elektromobilität in den städtischen Ämtern einen wichtigen Stellenwert einzuräumen. Der Staat hat mit seiner Energiestrategie 2050 die Zielsetzung formuliert, die Energieeffizienz zu steigern, gleichzeitig den Energieverbrauch zu senken, um die CO₂-Emissionen und Luftschadstoffe zu reduzieren. Die Marschrichtung und das Tempo sind somit vom Staat vorgegeben. Danach richten sich die Kantone und die Gemeinden aus. Dass dieses formulierte Tempo in gewissen Kreisen zu langsam ist, liegt in der Natur der Sache bzw. in den jeweiligen Parteiprogrammen. Die Reduktion von Diesel- und Benzinfahrzeugen auf dem Markt ist ein unterstützenswertes Ziel. Dennoch muss auch der Frage nachgegangen werden, woher wir den zusätzlichen Strom für Elektromobilautos beziehen, wenn man davon ausgehen muss, dass die Bevölkerung ihren Lebensstandard nicht zurückschrauben will und nicht auf ihren Wohlstand verzichten möchte. Dies ist nota bene einer der grossen Vorzüge unserer schönen Schweiz. Als Stadt mit dem Label Energiestadt ist Frauenfeld in der Pflicht und in der Verantwortung, Fortschritte in der Umsetzung der eigenen Energiebilanz zu erzielen, indem sie förderungswürdige Projekte aktiv unterstützt. So werden laufend Massnahmen in diesem Bereich präsentiert wie zum Beispiel der Wechsel bei den Stadtbussen auf E-Busse oder der Bau von Ladestationen auf städtischen Park-

plätzen. Die Fraktion FDP ist klar der Meinung, dass die Marschroute und das Umsetzungstempo der Stadt Frauenfeld stimmen, die Ziele und Projekte sind sowohl auf der zeitlichen Achse als auch auf einer finanziellen sinnvollen Basis abgestimmt. Wir müssen uns aber ehrlicher Weise auch die Frage stellen, welches die Aufgaben des Staats sind und was Sache der Stadt ist. Muss die Stadt die Elektromobilität und andere ähnliche Projekte subventionieren oder ist es nicht wichtiger zu fördern, wo es sinnvoll, unterstützungswürdig und für den Stadthaushalt auch umsetzbar ist? Man kann beispielsweise aktuell nicht Benzin- und Dieselfahrzeuge vor Ende deren Lebensdauer wegwerfen. Das ist aus unserer Sicht ökologisch und ökonomisch nicht vertretbar und dürfte auch beim Stimmbürger auf wenig Verständnis stossen. Bei einer Ersatzbeschaffung soll der Stadtrat hingegen Elektrofahrzeuge bevorzugen. Dabei erinnern wir den Gemeinderat gern an eine Budgetkürzung, als ein Elektrofahrzeug des Werkhofs angeschafft werden sollte. Dieser Slalom, im Gemeinderat alles umweltfreundlich, sofort und ausschliesslich, aber auf der anderen Seite nicht zu diesem Preis, bringt uns als Stadt nicht weiter. Da müssen alle im Saal über den eigenen Parteiteller hinausschauen und gemeinsam einen Konsens suchen. Die Elektromobilität ist immer noch kostspielig und nicht für jedermann erschwinglich. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, den Kauf von Elektrofahrzeugen zu subventionieren. Solange sich die Autoindustrie nicht klar und prioritär zur Elektromobilität bekennt, werden E-Fahrzeuge für Bürgerinnen und Bürger, welche finanziell nicht privilegiert sind, weiterhin ein Luxusobjekt bleiben. Um mobil bleiben zu können, rückt dabei der Umweltgedanke bei einzelnen zwangsläufig etwas in den Hintergrund. Dass es andere Länder wie zum Beispiel Norwegen gibt, welche die Elektrofahrzeuge stark subventionieren, ist bewundernswert. Dabei muss aber auch beachtet werden, dass dieses Land beispielsweise die Subventionen nur dank der grossen Gewinne aus der Erdöl-gewinnung realisieren kann. Soweit ich weiss, haben wir keine derartigen Energiequellen, die wir für Quersubventionen nützen könnten. Die Fraktion FDP dankt dem Stadtrat für die Bemühungen. Wir begrüssen es, dass er die Förderung der Elektromobilität prüft und sinnvolle Projekte unterstützt und anstösst. Dringenden Handlungsbedarf, das Tempo massiv zu erhöhen, sehen wir jedoch nicht. Daher sehen wir auch davon ab, uns als Modellregion hervorzuheben. Wir haben aktuell genügend wichtige und gewichtige Projekte in der Stadt zu stemmen. Eine Verzettelung führt nur zu Verzögerungen und Abstrichen auf allen Ebenen.

Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Wir danken dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Fragen in der Interpellation. Bei der ersten Frage teilen wir die Meinung des Stadtrats, dass die Elektromobilität mit positiven Aspekten verbunden ist, sehen aber auch die Problematik in der Herstellung sowie auch der Entsorgung der Batterien. Unserer Meinung nach investiert die Stadt Frauenfeld mit diversen Organisationen, Labels und Ladestationen viel in die Elektromobilität. Einer Zusammenarbeit zwischen Stadt und Kanton ist sicher nichts entgegenzusetzen, aber auch stetig weitere teure Projekte zu lancieren, ist aus unserer Sicht fraglich. Zudem gibt es ja auch noch andere Alternativen zu Elektro, welche in dieser Interpellation nicht angesprochen werden. Dass das Reglement über den Fonds von erneuerbaren Energien überarbeitet wird, begrüsst unsere Fraktion.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Zum Kernanliegen der Interpellation: Ja, wir arbeiten bereits mit dem Kanton und anderen Energieversorgern zusammen, um gegenseitig von Erfahrungen zu profitieren. So steht zum Beispiel auch unsere Energieberatungsstelle mit Unterstützung von externen Fachstellen Bauherren zur Verfügung. Die Vorgaben des Kantons für die Errichtung einer Modellregion Elektromobilität sind sehr lose formuliert. Grundsätzlich kann die Stadt Frauenfeld selbst einen entsprechenden Massnahmenkatalog erarbeiten und erfüllt damit die Vorgaben des Kantons als Modellregion gemäss der Interpellation. Die Einrichtung der Modellregion Elektromobilität, wie in der Beantwortung bereits erwähnt, ist eine von über 60 Massnahmen im Entwurf des energiepolitischen Programms und wird aktiv bearbeitet. Dieses Programm konnte durch die Arbeitsgruppe Energie noch nicht definitiv verabschiedet werden. Der Massnahmenkatalog wird im Departement für Bau und Verkehr aktuell gerade erarbeitet, anschliessend wird dann ein Beschluss gefasst werden können. Aber nicht nur der Geist ist willig, nein wir bei der Stadt tun auch etwas. Beamtenmikado? Ich verwehre mich. Nein, bestimmt nicht. Wir sind mit Nachdruck am Entwickeln, am Massnahmen erarbeiten und sind bestrebt,

auch Massnahmen auf den Boden zu bringen. Das Thema ist auch Thurplus nicht fremd. Wussten Sie, dass zum Beispiel die Eismaschine auf der Eisbahn seit acht Jahren elektrisch betrieben ist und seit zwei Jahren bereits mit einem neuen Akkupaket herumfährt? Die bestehenden Ladesäulen mit jeweils zwei Ladepunkten, welche durch Thurplus betrieben werden, stehen an der Schlossmühlestrasse und am Marktplatz. Eine neue Ladesäule mit zwei Ladepunkten an der Promenade wird Ende September dieses Jahres in Betrieb gehen. Wir erarbeiten auch gemäss Budget 2020 ein Konzept für den Ersatz der Stadtbussflotte mit Schwergewicht E-Mobilität. Und im Budget 2021 wird eine weitere Ladestation enthalten sein, damit wir dieses Netz ausbauen können. Zudem sind wir gerade in abschliessender Verhandlung mit einem Frauenfelder Unternehmen, welches uns seine Dachfläche für eine durch Thurplus betriebene PV-Anlage zur Verfügung stellt. Wir sind auf zusätzliche Flächen angewiesen, auch damit wir erneuerbaren Strom zum Tanken liefern können. So auch für den Frauenfelder Testlauf mit E-Bikes oder Trottis, ihr konntet es bereits schon lesen. Die Massnahmen sind zahlreich. Wir fördern sinnvolle Technologien bereits jetzt im Sinn der Gesamtsicht und auch im Sinn der Elektromobilität.

61

INTERPELLATION BETREFFEND «ENERGIE- UND KLIMASTRATEGIE DER STADT FRAUENFELD» DER GEMEINDERÄTE MICHAEL PÖLL UND IRINA MEYER

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Mit Beschluss Nr. 56 wurde die Interpellation betreffend «Energie- und Klimastrategie der Stadt Frauenfeld» von Irina Meyer und Michael Pöll vom Stadtrat am 25. Februar 2020 beantwortet. Wir dürfen den Inhalt der Antwort und der Interpellation nun noch in diesem Parlament beraten. Da die Interpellantin Irina Meyer nicht mehr in diesem Parlament amtiert, wurde die Interpellation mit Schreiben vom 8. Juli 2020 an das Präsidium durch den Gemeinderat Stefan Leuthold fristgerecht gemeinsam mit Gemeinderat Michael Pöll übernommen.

Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im Namen der Interpellanten: Warum stehe ich eigentlich heute hier vorne? Diese Geschichte hat etwa vor eineinhalb Jahren angefangen, und zwar wurde in der GPK Bau und Werke die Frage gestellt, wie denn eigentlich die Erfüllung des Energierichtplans aussieht. Dort hat man beschlossen, dies aufzuarbeiten. Das war dann ein relativ gutes Papier, es warf aber doch Fragen auf. Dies war der Ursprung der Interpellation, auf die wir jetzt vom Stadtrat eine Antwort bekommen haben. Ich muss mich da beim Stadtrat wirklich bedanken. Es ist eine sehr ausführliche und gute Antwort. Es ist eine saubere Auslegeordnung der aktuellen Situation in Bezug auf die Treibhausgasemissionen, und das dürfte auch den letzten Klimaskeptiker überzeugen, wenn er es liest. Die geschilderten Auswirkungen des Klimawandels sind besorgniserregend und sie dürften sehr teuer werden. Das kann man auch lesen. Leider ist es so, dass beim Richtplan «Energie» in der Beantwortung der Wissenschaft die Politik ein bisschen in die Quere kommt. Es wird nämlich vor allem gesagt, was heute nicht gemacht werden kann. Und das, was man gemacht hat, hat einen kleinen Einfluss auf die Frauenfelder CO₂-Bilanz. Uns würde es daher sehr interessieren, wie die anderen Fraktionen die Beantwortung beurteilen und ich möchte daher gern Diskussion beantragen.

Abstimmung

Dem Antrag auf Diskussion wird einstimmig zugestimmt.

Gemeinderat Michael Pöll (GP), Referent im Namen der Interpellanten: Ich weiss nicht, auf welcher Seite die Ernüchterung grösser war – und auch ehrlicher. War es die Seite des Stadtrats, der die Entwicklung in Frauenfeld ernüchternd zur Kenntnis genommen hat? Oder war es die Seite der Interpellanten? Wir haben nämlich die Kapitulation des Stadtrats bei den grossen Herausforderungen des Klimawandels zur Kenntnis genommen. Und das, obwohl wir im Stadtrat drei Mitglieder mit Kindern oder jungen Erwachsenen haben, die mit ihnen im gleichen

Haushalt zusammenleben. Das sind nämlich die jungen Menschen, welche die Konsequenzen unseres Nichthandelns werden tragen müssen. Und das stadträtliche Nichthandeln, so schätzen wir es ein, ist für uns deshalb absolut nicht nachvollziehbar. Ich habe auch Kinder in diesem Alter und ich frage mich persönlich jeden Tag, ob ich genug dafür tue, dass sie eine lebenswerte Zukunft haben, die ich ihnen hinterlassen kann. Das ist für mich die Hauptmotivation, im Gemeinderat zu sein und hier vorne zu stehen.

Der Stadtrat schreibt, dass er grundsätzlich alle Schritte zur Erreichung von Netto Null Treibhausgas per 2030, wie das in der Stadt Zürich gefordert wird, begrüsst. Er schreibt auch, dass aber die Stadt Zürich aufgrund ihrer Struktur eine bessere Ausgangslage hat. Das ist richtig, aber es ist nur richtig in Bezug auf die Höhe der Pro-Kopf-Emissionen. Es ist aber falsch, wenn man schaut, wohin sich die Treibhausgase in den letzten Jahren bewegt haben. Die Stadt Zürich ist nämlich seit zehn Jahren sehr aktiv daran, diese Emissionen herunterzubringen. Und sie hat dafür vor allem einen Plan. In Frauenfeld, habe ich das Gefühl, lehnt man sich einfach zurück und hat Hoffnung, dass die Energiestadt das löst. Das ist eine Haltung, die ich schon seit längerem kritisiere, weil ich finde, das Energiestadtlabel ist heute ein Feigenblatt. Mit zahnlosen Massnahmen und einfachen Absichtserklärungen ist es viel zu leicht zu erreichen. Es hat einfach zu wenig Fleisch am Knochen. Das Goldlabel hilft da nicht weiter. Ich möchte daher das Zitat von Kollege und Alt-Gemeinderat Tschannen wiederholen: «Tun ist wie Wollen, einfach krasser».

Weiterhelfen würde der Richtplan «Energie» mindestens zum Teil. Aber auch der ist kein Selbstläufer. Er muss mit konkreten Massnahmen umgesetzt werden, sonst bleibt er ein Papiertiger oder es geht in die falsche Richtung. Das ist genau das, was hier in Frauenfeld der Fall ist. Was uns in diesem Zusammenhang besonders stört, ist die Aussage des Stadtrats, dass die Zielsetzungen im Richtplan ambitiös seien und ein konsequentes Handeln von allen Akteuren bedinge. Da habe ich mich schon gefragt, wo sich die Konsequenz in diesem Saal versteckt hat. Im Zusammenhang mit Klimapolitik ist sie mir hier nämlich noch nie begegnet.

Vielleicht gibt es beim Hallenbadneubau eine erste Chance, aber beim zeitlichen Überarbeitungshorizont des Energierichtplans bleibt die Konsequenz weiterhin verborgen. Das ist ein offensichtlich nicht mehr zeitgemässes Instrument. Es ist ein eminent wichtiger Bereich und das muss man doch umgehend anpassen und nicht erst in ein paar Jahren, weil man es einfach immer so gemacht hat. Der Kanton macht es nämlich vor, das konnte man heute in der Zeitung lesen. Er überprüft jetzt zweijährlich seine wichtigen Richtpläne. Das müssten wir doch unbedingt auch so machen.

Tatenlos ist der Stadtrat seit 2015 aber nicht geblieben, das möchten wir auch lobend erwähnen. Das sieht man auch in der Beantwortung, da sind verschiedene Projekte zur CO₂-Reduktion aufgezählt, das ist sehr erfreulich. Wenn diese alle einmal umgesetzt sind, könnte man damit jährlich über 5'000 Tonnen CO₂ einsparen. Das klingt nach viel, daher möchte ich euch daran erinnern, dass heute die Emissionen von Frauenfeld bei 300'000 Tonnen liegen. Man kann nun sagen, der Stadtrat kann das nicht alles beeinflussen, aber etwa 120'000 Tonnen könnte er beeinflussen. Daher sind 5'000 Tonnen pro Jahr kaum mehr als ein Tropfen auf den heissen Stein. Und auch das Tempo ist einfach viel zu langsam. Wenn wir zum Beispiel bei den Gebäudesanierungen und bei den Umstellungen auf die erneuerbaren Energieträger in diesem Tempo weitermachen, sind wir etwa in hundert Jahren fertig, vielleicht auch nicht. Dabei sollten wir doch, das steht auch in der Antwort, spätestens 2050 bei Netto Null stehen. Das sind nun noch 30 Jahre, und das auch nur unter der Voraussetzung, dass die Klimaziele nicht noch mehr verschärft werden, und das kann man auch nicht ausschliessen.

In der Interpellation gab es von uns eine schöne Grafik, nämlich eine absteigende Linie. Das ist die Grafik für den notwendigen Absenkpfad. Heute ist die Linie steil und mit jedem Jahr, das wir warten, wird sie noch steiler. Irgendwann ist es eine Wand, gegen die wir krachen, wenn wir nicht endlich vorwärtskommen.

Es war auch die Rede von der sogenannten Kälte-Wärme-Strategie. Davon haben wir schon viel gehört und ich bin sehr gespannt darauf. Ich habe aber das Gefühl, dass wir hier auch keine Wunder erwarten können. Das Abwärmepotenzial aus Infrastruktur und Industrie zum Beispiel ist bekannt, das beträgt 23 GWh. Der Wärmebedarf in der Agglomeration Frauenfeld ist aber fast zehn Mal höher. Das kann man alles im Energierichtplan nachlesen, das muss man nicht irgendwie neu erfinden. Deshalb wird man mit einem Fernwärmering in Frauenfeld die Klimawende nicht erreichen. Es gibt auch viel zu viele Einfamilienhäuser und diese kann man nicht kosteneffizient mit Fernwärme erschliessen. Da bleibt wirklich nur der Gasausstieg sowie die Förderung von Wärmepumpenlösungen und Solarzellen auf den Dächern, damit man diese betreiben kann und nicht in ein Stromloch hineinläuft. Dort ist das Potenzial nämlich viel grösser. Das ist alles nicht neu. Wir hoffen, dass uns mit der Wärme-Kälte-Strategie nicht einfach alter Wein in neuen Schläuchen verkauft wird. Sonst ist nämlich wieder ein Jahr ins Land gezogen und wertvolle Zeit unnötig verstrichen. Die Zeit ist nämlich das einzige, was wir definitiv nicht mehr haben, daran ändert auch der allfällige Klimaartikel in der Gemeindeordnung nichts und auch nicht die Publikation der energie- und klimapolitischen Fortschritte im Geschäftsbericht. Wir begrüssen das aber selbstverständlich. Diese Publikationen helfen nämlich, dass man die Fortschritte besser im Auge behalten kann. Vielleicht motivieren sie den Stadtrat auch, endlich griffige Politikmassnahmen zu ergreifen, damit auch in Frauenfeld die Klimawende eingeläutet werden kann.

Zum Schluss möchte ich mich beim Stadtrat nochmals bedanken und vor allem auch bei den Leuten aus der Verwaltung, die diese grosse Arbeit für die Beantwortung geleistet haben. Ich bin gespannt darauf, wie die anderen Fraktionen die Antwort einschätzen.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Der Stadtrat stellt richtig fest, dass wir in der Schweiz auf viel zu grossem Fuss leben. Der sogenannte Carbon-Footprint ist massiv zu hoch. Auch richtig stellt er fest, dass die Massnahmen einschneidender sein müssen, je länger zugewartet wird. Ebenso richtig ist, dass wir in der Schweiz die Auswirkungen mehr spüren werden als anderswo und die Bewältigung der nur schon bis jetzt verursachten Erderwärmung sehr teuer wird. Die Zukunft wird noch viel teurer, das haben uns die letzten Monate aufgezeigt. Auch aufgezeigt wurde uns, dass nur mit der sogenannten Eigenverantwortung nicht die nötige Tiefenwirkung erzielt wird. Die Beantwortung ist voller schöner Worte, doch wir finden, dass die Stadt nicht mit Ausflüchten wie «wir können das nicht allein» oder «wir machen doch schon viel» zufriedengeben darf. Es liegt nämlich einiges in der Hand der Stadt. Sei es über Vorbildwirkung, über Reglemente, die Energie, den Bau und den Verkehr. Hier gibt es noch viel Potenzial. Weshalb schreiben wir im Baureglement nicht vor, dass bei jedem Neubau und jeder Dachrenovation eine gewisse PV-Fläche installiert werden muss? Weshalb schreiben wir immer noch ein Minimum an Parkplätzen vor und legen den Fokus nicht auf den Fuss- und Veloverkehr? Denn mit guten Abstellräumen für Velos, Kinderwagen usw. kann schon viel erreicht werden. Weshalb studieren wir immer noch an einem Tunnel herum, wenn wir doch genau wissen, dass dieser Mehrverkehr generieren wird? Weshalb haben die Werkbetriebe kein pfannenfertiges Konzept für einen ZFE-Zusammenschluss für Eigenverbrauch bei PV-Anlagen auf Mehrfamilienhäusern? Weshalb bewilligt der Stadtrat Ausnahmen von den selbst erlassenen Beschaffungsrichtlinien? Wie steht es um den Wald und alle anderen Grünflächen und Bäume auf dem Stadtgebiet? Meine Aufzählung könnte ich noch lange weiterführen, Ideen wären auch weitere vorhanden, und wir bitten den Stadtrat, sich nicht auf dem Gemachten auszuruhen, sondern in Zukunft noch mehr Denk- und Arbeitsenergie in die Verminderung des Energieausstosses zu investieren. Es ist eine Investition für alle, die sich lohnt. Wir warten gespannt auf die Strategie zur Abkehr von fossilen Energieträgern. Wir freuen uns darauf, die Strategie zu sehen und noch mehr auf deren Umsetzung.

Gemeinderat Christoph Keller (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Unsere Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Wir sind froh, dass der Stadtrat die Thematik zwar ernst nimmt, aber nicht gleich mit grossem Geschütz auffährt oder gar auf die Überholspur gehen will. In der Beantwortung sind auch interessante Auflistun-

gen von Daten und Fakten zu finden, die zeigen, dass das Thema auf verschiedenen Ebenen bearbeitet wird. Wir begrüßen es aber auch, dass sich der Stadtrat nicht durch die Klimastreikbewegung blenden lässt. So ist zum Beispiel der Vergleich mit der Stadt Zürich in der Interpellation zwar zulässig, die abgeleiteten Massnahmen jedoch müssen aber auf eine ländliche Stadt wie Frauenfeld adaptiert werden. Hier unterstützen wir die gemässigte Gangart des Stadtrats, mit der er versucht, für die Industrie, das Gewerbe und die Bevölkerung erreichbare Ziele zu setzen. Der aufgelistete Leistungskatalog der Stadt Frauenfeld mit getroffenen Massnahmen zur Erreichung des Pariser Klimaabkommens von 2015 ist aus Sicht der Fraktion SVP/EDU schon ziemlich gross und qualitativ auf einem guten Niveau. Ich möchte an dieser Stelle nicht nochmals die in der Interpellation selber und in der Beantwortung gut aufgelisteten Details wiederholen.

Natürlich wäre auch mehr möglich. Da aber die Forderungen der Klimastreikbewegung zum Teil extrem sind, gilt es, das Augenmass zu wahren. Wie die aktuelle Corona-Situation zeigt, müssen getroffene Massnahmen auch für die Wirtschaft erträglich sein und von der Bevölkerung getragen werden. Abschliessend möchte ich den Interpellanten für die geschickt gestellten Fragen danken. Vor allem freuen uns aber auch die differenzierten Antworten und die insgesamt pragmatischen und realistischen Ziele des Stadtrats.

Gemeinderat Reto Brunschweiler (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Fraktion FDP hat die vorliegende Interpellation zur Kenntnis genommen und ist der Meinung, dass die Bewältigung der klimapolitischen Herausforderungen grundsätzlich eine nationale Aufgabe ist. Selbstredend ist eine heruntergebrochene Strategie auf Stufe Kommune nötig, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Für einen Alleingang fehlt jedoch die Hebelwirkung. Zudem würden einseitige, auf kommunaler Stufe angeordnete Einschränkungen die Attraktivität des Standorts Frauenfeld als Wohn-, Arbeits- und Wirtschaftsstandort mindern. Möglichkeiten zur Erreichung der gesteckten Ziele sind lokal, regional oder kantonal unterschiedlich und müssen eben auf übergeordneter Stufe koordiniert angegangen werden. Dabei ist die Struktur der Verbraucher ein zentraler Punkt.

Wir haben verstanden, dass die Unterzeichnenden ihren stetigen Kampf gegen die Nutzung von Erdgas konsequent fortführen, wir sehen uns aber verpflichtet, der Bevölkerung und der Wirtschaft ein Umfeld zu bieten, bei dem die Versorgungssicherheit mit unterschiedlichsten Energiearten sichergestellt wird. Nachhaltigkeit ist ein Prädikat, welches nicht nur Klimaschutz bedeutet. Mit der aktiven Mitarbeit im Label Energiestadt hat sich Frauenfeld verpflichtet, Fortschritte in der Umsetzung der gesetzten Ziele zu erreichen. Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat mit den initiierten Massnahmen seinen sehr begrenzten Handlungsspielraum nutzt. Die gesetzten zeitlichen Planungshorizonte sind aus unserer Sicht unbedingt beizubehalten und Planungssicherheit zu schaffen. Eine kurzfristige Hüst- und Hott-Änderungs- und Verschärfungspolitik lehnen wir ab. Wir sind überzeugt, dass mit den bestehenden Grundlagen aktuell eine gute Basis besteht, um im Rahmen der Absicht der definierten Ziele weiter vorzugehen. Die Umsetzungen neuer Vorgaben müssen in Relation zu den finanziellen Möglichkeiten stehen. Einer zahlt den Preis für das, was wir hier umzusetzen versuchen.

Was in den letzten Jahren angegangen wurde, zeigt eine seriöse Umsetzung des Machbaren und eine ebensolche Zukunftsplanung in der Zusammenarbeit auch mit externen Anbietern. Die Fraktion FDP anerkennt die ausführliche und komplexe Arbeit des Stadtrats in der Ausarbeitung der vorliegenden Antworten. Wir sind der Meinung, dass hierbei die Möglichkeiten klar aufgezeigt werden, nämlich dass diese in den vorliegenden Themen sehr beschränkt sind. Der FDP ist in der heutigen Situation der Erhalt, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stabilisierung der Wirtschaftsleistung wichtiger als eine Erweiterung von lokalen, einschränkenden klimapolitischen Zielen in Frauenfeld.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Vorab auch hier zwei Bemerkungen zur Interpellation im Allgemeinen:

1. Wir sagen es noch einmal: Klimaschutz heisst für uns Verzicht.

2. Glaubt jemand hier im Saal, dass wir unser Klima von Frauenfeld aus retten können? Wir müssten uns vielleicht einmal überlegen, ob eine gemeinsame Politik mit einem Zugeständnis an Andersdenkende nicht zielführender wäre. Vorstösse, bei welchen wir zum Vornherein wissen, dass sie als extrem beurteilt werden und vor allem bei welchen die meisten von uns glauben, dass sie eigentlich nur da sind, um dem Volk zu zeigen, dass wir die Besten sind, bringen unserer Meinung nach nichts. Vielleicht müsste man auch einmal mit der Energie von uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäten ein wenig klimafreundlicher umgehen, dann könnte man sie auch besser einsetzen.

Die CVP/EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für seine ausführliche Antwort auf die Interpellation. Der Stadtrat verweist auf das, was jedes Ratsmitglied selber nachlesen kann, nämlich auf den Energierichtplan und auf das Energielabel. Oder kurz gesagt: Er macht schon viel. Weiter schätzt sich der Stadtrat selber gut ein, indem er seine Möglichkeiten richtigerweise als gering einstuft.

Bei seiner ersten Antwort verstehen wir von der CVP/EVP-Fraktion den Stadtrat so, dass er nicht für den Streik ist, sondern für das Erreichen der Netto-Null-Treibhausgasemissionen per 2030.

Bei der zweiten Antwort beweist der Stadtrat Augenmass bei der Einschätzung, wie weit sein Einfluss überhaupt reichen kann.

Und bei der dritten Antwort kommen wir darauf zurück, was wir bereits in der vorhergehenden Interpellation gesagt haben: Geschätzte Damen und Herren Stadträte, handeln Sie so, wie Sie dem Volk am besten dienen und nicht indem man kurzfristig Stimmen holt. In der Gemeindeordnung zusätzlich etwas hineinzuschreiben, was bereits gilt, entspricht nicht dem, was wir in der letzten Revision gemacht haben.

Zur vierten Antwort haben wir nichts zu ergänzen.

Bei der Beantwortung der fünften Frage ermuntern wir den Stadtrat, bei der Ausarbeitung der Strategie immer die Gesamtsicht zu behalten, und da sind wir zuversichtlich.

Auch bei den letzten beiden Beantwortungen haben wir nichts hinzuzufügen.

Die Antwort des Stadtrats listet eine grosse Zahl von erfolgreichen Massnahmen auf: Wärmering, Kleinkraftwerke, PV-Anlagen und vieles mehr. Das nehmen wir wohlwollend zur Kenntnis. Der Stadtrat ist sich indessen bewusst, dass seine Handlungsmöglichkeiten bei diesem Thema aber beschränkt sind. Ob Klima, Energie, Mobilität oder Raumplanung – das Problem sind wir selber. Jeder und jede in diesem Saal. Wir alle können solche Vorstösse unterschreiben, wir alle sind gegen Klimaerwärmung und gehen nach dieser Diskussion im Gemeinderat zur Tagesordnung über. Wir fliegen in die Ferien, wir bringen die Kinder mit dem Auto zur Schule und wir konsumieren, was das Zeug hält. Dabei kann jeder selber etwas tun. Denn letztlich ist unsere politische Kompetenz auf unser Stadtgebiet beschränkt oder sogar begrenzt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen vom Rat, machen wir die Klimapolitik gemeinsam und einigen wir uns irgendwo in der Mitte. Das würde unserem Klima wahrscheinlich am besten tun. Den ersten Schritt hat die GPK Bau und Werke getan, indem wir uns zum Ziel gesetzt haben, einen gemeinsamen Nenner zu suchen. Aber auch das benötigt sehr viel Energie. Und auch hier heisst Klimaschutz Verzicht und nicht Effizienzsteigerung zum Wohl unserer Gesellschaft.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Ich darf von den Fraktionen das Schlusswort halten. Ich verzichte nicht darauf, aber ich gehe mit Gemeinderat Stefan Geiges einig, dass Verzicht ganz wichtig ist bei diesem Thema. Da sind wir ganz eins. Wir sind eigentlich auch eins beim Thema gemächliches Tempo, das erwähnt wurde. Nur sehen wir das gemächliche Tempo nicht als Qualität, sondern eher als Hindernis und wir wünschen uns etwas mehr Trab statt dem gemässigten Gang. Wir sind eigentlich überzeugt,

dass die Mehrheit der Bevölkerung und auch die Mehrheit der durchaus innovativen Unternehmen hier in Frauenfeld ein etwas seceres Tempo mittragen würden.

Anlässlich der Klimakonferenz 2015 in Paris wurde berechnet, wie viel CO₂ weltweit ausgestossen werden darf, damit wir unter einer Temperaturerhöhung von 2°C bleiben, darunter auch der Anteil der Schweiz. Dieses Budget schmilzt in rasendem Tempo. Wenn wir so weitermachen, haben wir in wenigen Jahren unseren Anteil aufgebraucht. Wenn wir die Emissionen zum Beispiel durch unseren Konsum – wieder Thema Verzicht, importierte Lebensmittel, Kleider, Baumaterialien usw. – dazurechnen, geht es noch bedeutend schneller. Wir sind also alle gefordert, die Schweiz, die Kantone und natürlich auch die Gemeinden. Und zwar jetzt und heute und nicht erst in einigen Jahren.

In der umfassenden Antwort auf die Interpellation wird das leider erst in homöopathischer Dosis sichtbar. Nach einer sauberen – und da schliessen wir uns dem Stadtrat an –, wirklich ernüchternden Auslegeordnung wird die Antwort im zweiten Teil des Papiers immer mehr zu einer Rechtfertigung für die schlechte Frauenfelder Klimabilanz. Immer wieder ist die Rede davon, warum nichts getan werden könne. Die effektiv aufgeführten und geplanten Massnahmen gehen dabei fast vergessen. Die Zeit ist überfällig, endlich den Finger auf zwei zentrale, heikle Punkte in der Frauenfelder Klimapolitik zu halten. Sie kennen sie bereits, wenn Sie in den vergangenen Sitzungen aufgepasst haben. Es sind dies 1. die Erdgasabhängigkeit und 2. die vielen Parkplätze. Das sind zwei grosse politische Hebel, welche die Stadt Frauenfeld hätte, und ausgerechnet dort wird im Moment nichts gemacht oder sogar in die falsche Richtung gelenkt.

Zum Thema Erdgas: Es ist vielleicht ein altes Thema, aber wir möchten nochmals einen möglichen Weg aufzeigen. Frauenfeld hat in dieser Hinsicht die beste Startsituation. Es ist im Besitz der eigenen Erdgasinfrastruktur und es hat einen Energiefonds. Besser könnten die Voraussetzungen für eine aktive und wirksame Energiepolitik im Gebäudebereich nicht sein. Frauenfeld kann den Ausstieg aus dem Heizen mit Erdgas selbst terminieren. Natürlich mit einem genug langen Vorlauf für die Gebäudeeigentümer. Mit dem Energiefonds können damit die umstiegswilligen Gebäudeeigentümer finanziell entsprechend unterstützt werden. Stattdessen macht der Stadtrat jetzt genau das Gegenteil. Er versucht, die Besitzer von Erdgasheizungen mit einem 10%igen Feigenblattbiogasanteil weiter an die verbleibenden 90 % Erdgas zu ketten. Davon profitieren nur die Werkbetriebe und die Lieferanten von Erd- und Biogas, Leidtragende sind die Hauseigentümer. Letztlich lassen wir sie so ins Klimamesser laufen.

Ein zweiter grosser Hebel sind wie gesagt die Parkplätze. Es gibt im Zusammenhang mit Parkplätzen und Verkehr eine einfache Gesetzmässigkeit. Man redet von der sogenannten induzierten Mobilität. Das bedeutet, dass jeder Parkplatz Verkehr und damit Treibhausemissionen verursacht. Das ist keine Erfindung von uns Linken und Netten, sondern eine altbekannte und bewährte mobilitätsplanerische Grösse. Weniger Parkplätze heisst damit automatisch weniger Verkehr und natürlich auch weniger Treibhausgasemissionen. Die Bewilligung von Parkplätzen und die Finanzierung von öffentlichen Parkplätzen über den Parkplatzfonds wäre der politische Hebel, den der Stadtrat dazu aktivieren könnte. Stattdessen fördern wir heute planlos den Bau von Parkplätzen und wir wundern uns dann, dass der Verkehr laufend zunimmt. Argumentiert wird dabei oft mit den angeblichen Bedürfnissen des Detailhandels resp. deren Kunden. Dabei zeigen die Beispiele anderer Städte seit Jahren schon, dass ein attraktiver öffentlicher Raum, das heisst ein Raum, in dem Begegnungen zwischen Menschen tatsächlich möglich sind, die Grundlage für Transformation des Detailhandels sein kann. Aktuell werden vor allem auch laufend neue Parkplätze in Tiefgaragen erstellt. Wir sind uns alle einig bzw. wir können das beim Spazieren täglich sehen, dass die bestehenden Tiefgaragenplätze schlecht bis eigentlich gar nicht ausgelastet sind. Hier bräuchte es wirklich einmal eine konkrete Strategie. Wie viele Parkplätze brauchen wir tatsächlich? Für wen sollen sie bereitstehen und für wen nicht? Sie sehen, das wäre die Antwort auf die Frage, die Stefan Geiges zum Schluss aufgeworfen hat, Klimapolitik kann durchaus auch Lokalpolitik sein. In diesem Sinn freuen wir uns auf den weiteren Austausch mit Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen vom Stadtrat und mit Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

vom, Gemeinderat. Allen, die bei der Beantwortung der Interpellation mitgearbeitet haben, vielen Dank für die sorgfältige Aufbereitung des Themas.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im eigenen Namen: Mein Vorredner hat das Gefühl, die Parkplätze werden gefördert. Ich glaube, Parkplätze werden eher abgebaut als gefördert. Aber mir geht es um etwas Anderes. Als Unternehmer habe ich in diesem Rat das Gefühl, ich bin immer das schwarze Schaf. Ich brauche 80 % meiner Autokilometer für meine Unternehmung, meistens für Biodiversitätsobjekte wie Wasserrenaturierungen oder andere Naturprojekte. Und es kommt mir immer vor, als sässe ich im falschen Film, wenn ich im Rat bin und jemand von Umweltschutz spricht. Darum denke ich, ich muss Ihnen einmal sagen, wie man Umweltschutz auch anders anschauen könnte.

Heute wurde gesagt, es wurde fast ein bisschen belächelt, man könne nicht jahrelang 170 % arbeiten. Den Stadtpräsidenten habe ich lachen gesehen, als Gemeinderat Roland Wetli das sagte. Ich bin seit 30 Jahren Unternehmer, seit 25 Jahren arbeite ich 2'500 bis 3'000 Stunden netto. Netto. Drehen wir es doch einmal um. Arbeiten wir doch alle 46 Stunden pro Woche. Das entspricht einem wöchentlichen Pensum eines normalen Chauffeurs gemäss Gesamtarbeitsvertrag. Es können sogar 48 Stunden sein, wenn der Chef das will. Wenn Sie alle 46 Stunden arbeiten würden und die ganze Schweiz 46 Stunden arbeiten würde, bräuchten wir sicher einige 10'000 – Gastarbeiter sage ich jetzt mal – weniger Menschen für genau dieselbe Effizienz. Das heisst, je weniger Menschen dieses Land hat, desto umweltfreundlicher ist es. Ich glaube, wir Menschen sind das grösste Problem des Umweltschutzes. Da sind wir uns wohl sicher einmal einig.

Das zweite Thema: Der Grund, warum ich sonst nur 20 % meiner Kilometer brauche: Ich habe keine Zeit. Seien wir doch einmal ganz ehrlich. 50 % der Mobilität ist Freizeitverkehr. 50 % verbrauchen Sie, während Sie es sich gutgehen lassen, weil wir so einen wunderbaren Staat haben. Ich kann das nicht, weil ich länger arbeite. Ich arbeite mit Freude länger, ich bin auch der Meinung, ich bin deswegen in keiner Art und Weise ein schlechter Vater. Das wäre einmal eine andere Betrachtungsweise von Umweltschutz. Vielleicht könnte man es auch von dieser Seite her anschauen. Ich sage das, weil ich schon so lange dabei bin und jedes Mal das Gefühl habe, ich sei ein Schwerverbrecher, wenn man mir etwas von Mobilität und Umweltschutz erzählt. Wenn Sie alle es so machen würden wie ich, glaube ich, hätten wir für den Umweltschutz einen ganz anderen Lösungsansatz. Man könnte es vielleicht einmal von dieser Seite anschauen.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Klima, das habe ich in meinem ersten Jahr als Stadtrat genug gehört, Elektromobilität habe ich genug gehört. Ich habe mich damit auseinandergesetzt, auch mit meinen Kolleginnen und Kolleginnen im Stadtrat. Die Stadt muss als Gesamtes angeschaut werden. Bei solchen Themen ist es immer spannend, wie Einzelthemen hervorkommen, wie ein grosses Silo, das angeschaut wird. Vieles steht richtig da oder nicht richtig, die Diskussionen sind wie üblich. Es ist auch spannend, es einmal als Stadtrat zu sehen und nicht als Parlamentarier. Ich vermisse manchmal den Parlamentarier, denn ich darf nicht alles sagen. Aber das ist eine andere Sache. In der Beantwortung der Interpellation wurde vieles geschrieben, ich möchte aber noch zwei oder drei Punkte herausstreichen.

Unter anderem von meinem Vorredner Stefan Geiges übernehme ich etwas. Vor 20 Jahren sprach man beim Biogas zum Beispiel von dem heilbringenden Gas, das alles bringt. Aber man hat jetzt auch gesehen, man sollte nie Eiweiss und Energie trennen. Das gibt ein Problem. Vor allem wenn man das Eiweiss nicht verbrennt oder nicht braucht, gibt es Probleme. Ich denke an Beirut mit dieser Explosion. Bei der Biogasproduktion wird der Kohlenstoff verbrannt und wir haben eine Eiweisspumpe als Dünger für den Boden, was zu Nitratauswaschungen führt. Alles Extreme hat auch seine Gegenseite.

Wir leben im 21. Jahrhundert, wir leben eigentlich im Kreislauf, wir haben aber keinen Kreislauf, weil wir von Rohstoffen von früher leben. Das ist einfach eine Tatsache. Wir sollten es in einen

Kreis bringen, nur das ist für uns mit sehr einschneidenden Verzichten verbunden. Das wurde in der Beantwortung des Stadtrats auch geschrieben, das ist mir auch sehr wichtig.

Es wurde auch ein Vergleich mit Zürich gebracht. Frauenfeld hat noch Industrie. Industrie, die Erdgas braucht und dafür möchte ich mich als Stadtrat auch einsetzen. Wir brauchen diese Industrie für unser Gewerbe. Sie bringt Arbeitsplätze und ist wichtig für unsere Stadt. Zürich hat im Vergleich zu Frauenfeld keine grosse Industrie.

In der vorherigen Interpellation wurde über die E-Mobilität gesprochen. Ich bin da als Stadtrat schon hin und her gerissen. Machen Sie sich einmal über den Abbau des Kobalts in der Republik Kongo schlau und wer da die Regie führt. Das ist nicht Europa, das ist China. Aber ich muss nicht über die Weltpolitik sprechen. Wenn man die Antwort zur Interpellation anschaut, sieht man, dass in der Kälte-Wärme-Strategie der grösste Hebel ist. 40 % in Frauenfeld wird geheizt. Unsere Wärme besteht aus etwa 80 % Erdgas und Heizöl. Wo haben wir als Stadtrat also den grössten Hebel? Bei der Wärme-Kälte-Strategie, indem wir das anschauen, seriös planen. Da sind wir als Stadtrat gebrannte Kinder. Wir wollen das seriös planen und keinen Schnellschuss machen. Wenn wir zu schnell sind, haben wir immer auch Probleme, weil wir dann die Informationen auch an Sie weitergeben können. Uns ist es wichtig, dass wir den Weg miteinander gehen. Haben Sie auch ein wenig Geduld mit der Wärme-Kälte-Strategie, sonst gibt es wieder einen Schnellschuss und den wollen wir nicht verursachen.

Zum energiepolitischen Programm: Ich wurde von den Gemeinderäten angefragt, ob ich Einblick in dieses gebe. Dieses Programm ist zurzeit in meinem Departement in Zusammenarbeit mit dem Departement meines Kollegen Fabrizio Hugentobler in Überarbeitung. Wir wollen Ihnen als Stadtrat ein Programm unterbreiten können, das Ihnen etwas bringt und wo man sieht, wie die Umsetzung ist und das nicht nach einem Label orientiert ist. Dieses Programm ist labelorientiert. Das sage ich Ihnen. Wir haben dieses Label, wir stehen zu diesem Label, das Label hat etwas gebracht, aber wir müssen jetzt einen Schritt weitergehen. Aber das ist ein Label, welches über alle Städte ist, und jede Stadt ist anders. So sind auch die Mobilität und die Parkplätze nicht mit jeder Stadt vergleichbar. Es gibt ähnliche Vergleiche, aber es ist nicht überall vergleichbar. Das muss man anschauen. Und vergessen Sie nicht, es geht um das Gesamte und nicht um eine Schiene. Denken Sie auch daran, es geht nicht darum, Energie und Eiweiss zu trennen. Wenn wir nur etwas anschauen, bekommen wir an einem anderen Ort ein Problem. Wir versuchen als Stadtrat, das in dosiertem Tempo voranzubringen und nicht einen Schnellschuss zu machen.

62

BOTSCHAFT NR. 9 BETREFFEND «KREDIT ZUM AUSBAU UND ZUM BETRIEB DER WEIHNACHTSBELEUCHTUNG» UND DIESBEZÜGLICHES LACHSFARBENES PAPIER DER GPK FINANZEN UND ADMINISTRATION

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Dem Gemeinderat wurde am 21. Januar 2020 vom Stadtrat die Botschaft Nr. 9 betreffend «Kredit zum Ausbau und zum Betrieb der Weihnachtsbeleuchtung» vorgelegt. Die GPK Finanzen und Administration hat diesbezüglich ein lachsfarbenes Papier, welches Ihnen per Mail zugestellt wurde, zur Ergänzung und Anpassung der Anträge, über welche wir abstimmen werden, erstellt.

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die bestehende Weihnachtsbeleuchtung wird geschätzt und soll so erhalten bleiben, zum beantragten Ausbau gibt es jedoch kritische Stimmen. Es wurde betont, dass die vorliegende Botschaft nicht nur ein Entgegenkommen der Stadt auf einen Wunsch des Gemeinderats bezüglich Kostentransparenz darstellt, sondern dass der Stadtrat in der Pflicht ist, die Genehmigung des Gemeinderats einzuholen bei Gesamtkosten über 300'000 Franken und bei jährlichen Unterhaltskosten über 30'000 Franken. Das Eintreten war in der GPK unbestritten.

Abstimmung

Eintreten wird einstimmig beschlossen.

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die Botschaft beinhaltet die drei Bereiche der jährlichen Betriebskosten, des geplanten Ausbaus und der möglichen Unterstützung der Quartiere bei Anlehnung an die innerstädtische Beleuchtung. Ziel der Stadt war ein einheitliches Konzept zur Weihnachtsbeleuchtung für die Innenstadt mit Wunsch nach Ausbau mit zum Beispiel Einbezug des Kreuzplatzes. Zudem sind die bestehenden Baumbelichtungen an Rhein- und Oberstadtstrasse am Ende ihrer Lebensdauer angelangt und müssen bald ersetzt werden. Allgemein wird die aktuelle Weihnachtsbeleuchtung auch in der GPK geschätzt, der geplante Ausbau hingegen wurde mehrheitlich kritisch betrachtet. Nach einigen Verständnisfragen zu Details des geplanten Ausbaus und der möglichen Umsetzung der Unterstützung der Quartiere wurden mehrere Anträge und Gegenanträge eingereicht, die ich gemäss dem nun vorliegenden lachsfarbenen Papier durchgehen werde.

Der neue Antrag 1: Die nachträgliche Genehmigung der Kosten für die Weihnachtsbeleuchtung für die Jahre 2015 bis 2019 von total 652'700 Franken wurde einstimmig angenommen.

Zum Originalantrag 1 in der Botschaft für den Ausbau der Weihnachtsbeleuchtung für 150'000 Franken gab es zwei Gegenanträge. Ein Antrag lautete auf vollständige Streichung dieses Ausbaus, der zweite Gegenantrag lautete auf Streichung des Ausbaus für die neuen Projektionen, jedoch Belassen der 72'000 Franken für den Ersatz der maroden Baumbelichtung an Oberstadt- und Rheinstrasse. Im ersten Durchgang erhielt der Originalantrag des Stadtrats 1 Stimme, der Antrag auf vollständige Streichung des Ausbaus 3 Stimmen und der Antrag auf die Fokussierung auf die Baumbelichtung 2 Stimmen. Somit fiel der Originalantrag des Stadtrats weg. In der Gegenüberstellung der beiden Gegenanträge kam es zur Stimmengleichheit von 3 zu 3 Stimmen mit Stichentscheid des GPK-Präsidenten zugunsten der vollständigen Streichung des Ausbaus. Diese Version finden sie nun im lachsfarbenen Papier als Antrag 2. In der Folge zog der Stadtrat seine beiden weiteren Anträge zugunsten der Anträge auf dem lachsfarbenen Papier zurück.

Neuer Antrag 3: Die jährlichen Betriebskosten von 74'000 Franken werden bewilligt. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zum neuen Antrag 4, der Unterstützung der Quartiervereine, gab es einen Gegenantrag, lautend auf demselben Unterstützungsbetrag für die Quartiere, jedoch verwendbar für eine frei gestaltbare Weihnachtsbeleuchtung. Bei 5 Ja für den aktuell vorliegenden Antrag bei 1 Stimme für den neuen Gegenantrag wurde dieser abgelehnt.

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Wir bedanken uns für die übersichtliche Botschaft inklusive Aufklärung, weshalb wir uns in Frauenfeld dieser aussergewöhnlichen Weihnachtsbeleuchtung erfreuen dürfen. Dass die Anträge unterteilt in Ausbau, jährliche Betriebskosten und Unterstützungsbeiträge an Quartiere gestellt sind, begrüssen wir sehr. So kann der Gemeinderat Nötiges von Wünschenswertem trennen.

Dass die bestehende Beleuchtung weiterbetrieben werden soll, dazu waren wir uns ziemlich rasch einig. Die getätigten Investitionen jetzt einfach nicht zu nutzen, wäre nicht nachhaltig. Auch der Wille, maximal 10'000 Franken pro Jahr an die Quartiere zu vergeben, ist aus Sicht der FDP richtig und auch überschaubar. Die Quartiervereine und andere Institutionen möchten in diesem Zusammenhang gern mit der Stadt zusammenarbeiten. Im Zug der sehr viel gesprochenen Gelder zur Belebung und zur Förderung der Innenstadt gehen die Aussenquartiere gern und rasch mal ein wenig unter. Mit den Geldern fliesst zumindest auch dort mal wieder etwas zurück.

Der wohl grösste Diskussionspunkt war, ob ein Ausbau in der jetzigen Phase nötig ist oder nicht. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist er das nicht. Dass in den Aufwendungen für den Ausbau der Beleuchtung auch Ersatzbeschaffungen für bereits bestehende Beleuchtungskomponenten enthalten sind, ist nicht optimal. Bei einer Ablehnung des Kredits wird es höchstwahrscheinlich so sein, dass in den kommenden Jahren der Bereich Rheinstrasse und Oberstadtstrasse immer mehr ausgedünnt wird. Dort können dann nur noch Massnahmen, welche im Rahmen des bewilligten Betriebsbudgets realisierbar sind, erfolgen. Eine Ersatzbeschaffung wäre aus unserer Sicht wünschenswert. Diese müsste aber wohl, sofern es die Finanzlage erlaubt, über eine erneute Botschaft an den Gemeinderat angefragt werden.

Wir befinden uns in finanziell sehr anspruchsvollen Zeiten und für eine finanziell gesicherte Zukunft sind Ausgaben, die nice to have sind, mit Bedacht zu tätigen. Investitionen sind vor allem dort zu tätigen, wo eine Wertschöpfung möglich ist. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Weihnachtsbeleuchtung ist das nicht messbar. Deshalb unterstützen wir den Ausbau in der jetzigen Zeit nicht. Die FDP-Fraktion stimmt den Anträgen der GPK gemäss lachsfarbenem Papier einstimmig zu.

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Wir begrüssen den Antrag 1 der GPK Finanzen und Administration, die gesamten bisherigen Kosten der Weihnachtsbeleuchtung endlich zu beleuchten und zu legitimieren. Das Vorgehen des Stadtrats präsentiert sich bei diesem Projekt nicht sehr glanzvoll. Aber immerhin waren die Kosten der Beleuchtung jeweils im Jahresbudget ausgeleuchtet. Aber bitte in Zukunft keine solchen zweiseitigen Kompetenzüberschreitungen mehr. Beim Hallenbad schimmert leider schon die nächste nachträgliche Genehmigung von Geldern am Horizont. Die Mehrheit unserer Fraktion aber wird dem Stern der Anträge der GPK folgen.

Vielen von uns leuchten jedoch auch die Gründe für den Ausbau in der Oberstadt- und Rheinstrasse sowie auch beim Kreuzplatz gemäss dem Konzept für die Weihnachtsbeleuchtung ein, aber ohne weitere Lichtbilder anzuknippen. Bei einem Teil unserer Fraktion würde also der Funke eines Kompromissantrags für eine Ausdehnung der innerstädtischen Weihnachtsbeleuchtung auf diese Achsen ins Stadtzentrum überspringen. Aber es fehlt bei uns das Feuer, einen eigenen Antrag dazu zu stellen.

Was ich persönlich noch erhellen möchte: Die Belebung der Innenstadt scheint wohl nicht nur für mich mehr als die Weihnachtsbeleuchtung zu sein. Der Stadtrat wollte laut Botschaft die Weihnachtsbeleuchtung in der Adventszeit mit Investitionen von insgesamt 800'000 Franken erstrahlen lassen, also für eine kurze Zeit von etwa vier bis acht Wochen pro Jahr. Sollte in jeder Jahreszeit das Stadtzentrum ähnlich aufwendig erblühen, so wären dafür über 3 Millionen Franken notwendig, wenn man die Summe von 800'000 Franken auf die vierfache Grösse projiziert. Da löscht es mir ab dieser Ausgabefreudigkeit für eine solch kurze Zeit im Jahr schon ein wenig ab.

Gemeinderätin Susanna Dreyer (CVP), Referentin im Namen der Fraktion CVP/EVP: Wer sich in grösseren und kleineren Städten in der Schweiz oder im Ausland aufhält, findet keine so spezielle Weihnachtsbeleuchtung, wie wir sie in Frauenfeld haben. Es sind nicht nur die Lichter, die unsere Innenstadt in der dunklen, kalten Jahreszeit erhellen, es ist vor allem die Geschichte, die unsere Weihnachtsbeleuchtung während der Advents- und Weihnachtszeit erzählt und ganz speziell macht. Sie merken, ich rede etwas anders als meine Kolleginnen und meine Kollegen. Die rückwirkende Genehmigung ist unbestritten, auch wenn die Zahlen einen fahlen Geschmack hinterlassen, vor allem wenn man an die Kompetenzdiskussionen denkt und nun die grossen Zahlen sieht und die Kompetenzen kennt. Unsere Fraktion war und ist gegen einen Ausbau der Weihnachtsbeleuchtung. Entsprechend müssten wir nun gemäss dem Titel der Vorlage «Nein» stimmen. Jeder, der die Vorlage aber genau studiert, sieht, dass es sich nicht um einen Ausbau unserer Weihnachtsbeleuchtung handelt. Nein, es geht hier nicht um einen Ausbau, sondern

darum, die bestehende Beleuchtung zu einem Abschluss zu bringen. Ein Spaziergang durch die Weihnachtsbeleuchtung mit den vielen Geschichten lebt davon, dass diese auf kurzen Distanzen erzählt werden. Dass der Eingang in die Beleuchtung aus Richtung Kurzdorf beim Haus zum Bahnhof beginnen soll, leuchtet ein. Entsprechend sind die geplanten zusätzlichen Lichtbilder die nötige Abrundung der bestehenden. Die Rhein- und Oberstadtstrasse ohne adäquate Beleuchtung können und wollen wir uns nicht vorstellen. Ebenso sind wir für einen leuchtenden Einstieg in die Lichtergeschichten aus Richtung Langdorf, also für die Beleuchtung an den Räumen Nahe dem Soldatendenkmal.

Was sagen die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die heute den Ersatz der Lichter an der Oberstadt- und Rheinstrasse ablehnen, wenn in einer der Strassen plötzlich die Lichter fehlen und damit die Verbindung plötzlich relativ dunkel und unfreundlich ist, oder der Stadtrat die Lichter dann als Ersatz doch irgendwie finanziert? Entsprechend stimmen wir bei den Anträgen 2 und 3 der GPK gemäss Vorschlag des Stadtrats.

Wir sind auch der Meinung, dass die Quartiere bei der Beschaffung der Weihnachtsbeleuchtungen finanziell unterstützt werden sollten und finden den vorgeschlagenen Betrag aber eher tief. Wenn dieser Betrag auf alle Quartiere aufgeteilt wird, müssen die Quartiervereine selber noch tief in die eigenen Taschen greifen für eine Beschaffung und Pflege der Beleuchtung. Es leuchtet ein, dass die Stadt beim Geldgeben Einfluss nehmen will. Aber es muss unseres Erachtens nur eine gefallende, passende Lösung sein und kein zu starkes Anlehnen an die Innenstadtweihnachtsbeleuchtung. Insbesondere Lichtprojektionen auch in den Quartieren wären eine zu teure Lösung und bringen die Probleme, dass dann erstens das Haus am Bahnhof, Kreuzplatz und Soldatendenkmal nicht mehr die Eingangspforten in die Weihnachtsbeleuchtung wären und zweitens, dass man die Distanzen zwischen den Lichtbildern dann doch noch irgendwann mal wieder reduzieren will und dann immer mehr Lichtbilder anschaffen und unterhalten müsste. Heute ist die ganze Weihnachtsgeschichtenbeleuchtung in guter Gehdistanz in einem geschlossenen Kreislauf zu erkunden. Und nach dem nun geplanten Abschluss sind die Distanzen zwischen den einzelnen Lichtbildern geeignet, die Bilder ohne riesige zeitliche Unterbrüche zu geniessen. Unsere Fraktion stimmt den Anträgen 1 und 4 der GPK zu und betreffend die GPK-Anträge 2 und 3 folgen wir den Anträgen des Stadtrats, respektive stellen den stadträtlichen Antrag 2 dem Antrag 3 der GPK gegenüber.

Gemeinderat Romeo Küng (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Die SVP/EDU-Fraktion hat zur eingangs erwähnten Botschaft folgende Anmerkungen: Das Geschäft könnte auch den Titel tragen «Was lange währt, wird endlich gut» oder «Steter Tropfen höhlt den Stein». Ich möchte aber gleich klar betonen, dass unsere Fraktion in keiner Art und Weise gegen die bestehende Weihnachtsbeleuchtung ist. Die Vorgehensweise bei der Umsetzung dieses Projekts ist aus unserer Sicht aber fragwürdig und entspricht wohl kaum dem geltenden Reglement der Stadt Frauenfeld. Denn für ein Projekt, welches die finanzielle Kompetenz des Stadtrats bei Weitem übersteigt und bei dem die jährlich wiederkehrenden Kosten mehr als 30'000 Franken betragen, ist eine Botschaft zwingend. Um es in Zahlen in Erinnerung zu rufen: Wir reden hier gemäss Botschaft von Gesamtkosten von über 800'000 Franken und von wiederkehrenden Kosten von knapp 100'000 Franken.

Seit vielen Jahren gibt die Weihnachtsbeleuchtung im Gemeinderat und in der Geschäftsprüfungskommission Finanzen und Administration immer wieder zu reden. Dazu ein kurzer, aber nicht abschliessender Rückblick:

- In der Debatte zur Rechnung 2015 im Juni 2016 gab es Widerstand gegen eine Spezialfinanzierung der Weihnachtsbeleuchtung mit Geldern aus den Werkbetrieben.
- In der Sitzung der GPK Finanzen und Administration zum Budget 2018 wurde ein Antrag gestellt, das Projekt Weihnachtsbeleuchtung ruhen zu lassen und den Betrag von 105'000 Franken aus dem Budget zu streichen. Damals sagte der Stadtpräsident – ich zitiere aus dem GPK-Protokoll: «Man habe das Projekt bewusst gestaffelt, es gebe jedes Jahr eine Weiterentwicklung.»

- Auch in der GPK-Sitzung zum Budget 2019 wurde die Weihnachtsbeleuchtung debattiert und ein Streichungsantrag gestellt.
- In der Budgetdebatte 2019 wurde das Projekt erneut kritisiert. Ich zitiere aus dem Protokoll: «Es werden neue, meist wiederkehrende Projekte angestossen, die schwer wieder aus dem Haushalt zu streichen sind, zum Beispiel die Weihnachtsbeleuchtung.»
- In der gleichen Sitzung wurde der Stadtrat ein weiteres Mal aufgefordert, dem Gemeinderat die längst fällige und versprochene Botschaft zum Projekt Weihnachtsbeleuchtung vorzulegen. Ausserdem stimmte der Gemeinderat einem Streichungsantrag zum weiteren Ausbau der Weihnachtsbeleuchtung zu.
- Dann endlich im Januar 2020 kommt die Botschaft.

Die Ausführungen zum vorliegenden Geschäft sind ausführlich und finden bei unserer Fraktion grösstenteils Zustimmung. Wir bemängeln aber folgende Punkte:

- Die Streichung aus der Debatte zum Budget 2020 wurde ohne Erwähnung mit der vorliegenden Botschaft rückgängig gemacht. Unsere Fraktion ist nach wie vor gegen einen Ausbau.
- Wir wehren uns auch, dass der Stadtrat den Quartieren vorschreiben will, wie sie ihre Weihnachtsbeleuchtung zu gestalten haben, damit sie finanziell unterstützt werden. Solche Gesuche sollten jederzeit und ohne Auflagen möglich sein.

Die Fraktion SVP/EDU unterstützt deshalb die Anträge 1, 2 und 3 der GPK einstimmig, dem Antrag 4 werden wir mehrheitlich zustimmen. Meine Damen und Herren Stadträte, es sollte nun wirklich das letzte Mal gewesen sein, dass Sie Projekte anstossen, welche Ihre Kompetenzen überschreiten und die der Gemeinderat dann nachträglich gutheissen muss.

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Die Frauenfelder Weihnachtsbeleuchtung ist eine Erfolgsgeschichte, allerdings eine ordentlich teure. 2015 wurde eine Richtung mit einer Beleuchtung eingeschlagen, deren Erfolg innerhalb unserer Fraktion unbestritten ist. Der Nutzen der Beleuchtung für die Stadt, die Bevölkerung und das Gewerbe steht für uns ausser Frage und wir sind uns einig. Das, was wir jetzt haben, ist schön. Es ist sogar so schön, dass es nicht noch mehr davon braucht. Wir sind entschieden der Meinung, dass die gewonnenen Vorteile durch einen weiteren Ausbau der Beleuchtung nicht verstärkt werden. Die Beleuchtung funktioniert wohl kaum so, dass man einfach auf der einen Seite mehr Geld oder Leuchtmittel reinschmeissen kann, damit auf der anderen Seite noch mehr Weihnachtsstimmung aufkommt. Wir haben durch die bestehende Beleuchtung bereits ein vernünftiges Mass an Ambiente erreicht. Dieses gilt es zu pflegen und die Institutionen und das Gewerbe im bestehenden Rahmen zu unterstützen. Sorgen wir doch lieber dafür, dass die grossflächig beleuchtete Promenade in der Adventszeit effektiv belebt wird und wunschlos glücklich dort ein paar Mitbewerber erhält, anstatt auch noch die Oberstadtstrasse mit neuen Lichtern, aber ohne Menschen aufzuwerten. Es sei hier aber erneut erwähnt, dass die Frauenfelder Weihnachtsbeleuchtung ihren Zweck soweit erfüllt und eine sehr gute Wirkung nach innen und aussen erzielt. Daher soll sie in ihrem bestehenden Umfang weitergeführt werden. Was ersetzt werden muss, soll auch ersetzt werden, ausser vielleicht beim Wahrzeichen Frauenfelds, dem unterirdischen Kreisel. Dort unten kommt auch bei der teuersten aller Beleuchtungen keine Weihnachtsstimmung auf. Abgesehen davon ist für uns das Potenzial der Weihnachtsbeleuchtung mittlerweile ausgeschöpft. Jetzt sind in der Standortförderung neue Ideen gefragt. Wir unterstützen daher die Anträge der GPK.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich danke Ihnen für die Unterstützung der Anträge 1, 3 und 4, die Sie bekundet haben. Natürlich finden wir es bedauerlich, dass der Abschluss nicht so realisiert wird, wie wir ihn vorgeschlagen haben. Das werden Sie dann vor allem im Zusammenhang mit Rhein- und Oberstadtstrasse – sicherlich auch Ralf Frei – schmerzlich zu spüren bekommen und dort wird dann das Ambiente ein bisschen in Mitleidenschaft gezogen werden in den nächsten Jahren. Bezüglich Ambiente: Die Diskussionen gehen hier weit auseinander. Gerade Ralf Frei, der sich auch fleissig auf Facebook bewegt oder mindestens schaut, wie wir

uns bewegen, weiss, dass dort auch die Frage immer wieder gestellt wurde, wieso diese Ecke nicht beleuchtet ist, wieso wir dort zu wenig Licht haben, wieso die Weihnachtsbeleuchtung nicht auch in jener oder dieser Strasse ist. Also die Meinungen gehen da ein bisschen auseinander.

Was die Geschichte dieser Botschaft betrifft, haben wir ein ausführliches Resümee von Romeo Küng erhalten. Dieses Resümee hat aber gleichzeitig aufgezeigt, dass zwischen dem Jahr 2015 und 2018 die Budgetposten, obwohl sie insgesamt bereits über die monierten 300'000 Franken hinausgingen, vom Gemeinderat durchgewunken wurden, sage ich mal. Auf jeden Fall wurden sie ohne Beanstandung gutgeheissen. Und das war auch die Art und Weise, wie wir seitens Stadtrat von Anfang an vorgegangen sind. Wir haben die weiteren Schritte immer transparent ausgewiesen und aufgezeigt, was es kostet, dies in Absprache mit dem Finanzamt, das die Reglemente sehr wohl kennt, die uns zugrunde liegen. Nun, wir haben jetzt die Botschaft vorliegen und Sie sehen, dass wir alles transparent aufgezeigt haben, dass wir damit – Roman Fischer – nicht nur eine Belebung der Innenstadt machen möchten. Wenn es nur das wäre, könnte man auch jeden Tag einfach ein Fest organisieren oder wie wir es jetzt zum Beispiel auch machen, den öffentlichen Raum günstig oder gratis bespielen lassen, was wir jetzt in dieser Zeit nach Corona auch gemacht haben. Und Sie sehen, wie sehr das auch im Sommer zu einer Belebung der Innenstadt beigetragen hat. Nein, es ist viel mehr. Es geht auch darum, in einer dunklen Jahreszeit, in einer Jahreszeit, in der viele Menschen es eher schwierig haben, psychische Schwierigkeiten entwickeln, das kann unser Seelsorger Samuel Kienast sicher bestätigen, hier etwas Licht hineinzubringen und entsprechend auch zu einer besinnlichen Zeit beizutragen. Also Belebung ist nur das eine, aber nicht das ganze. Dass die Wertschöpfung nicht messbar ist, Sandro Erné, das stimmt, das ist sie nicht. Umgekehrt bin ich froh, von anderen Fraktionen zu hören, dass sie sehr wohl wahrnehmen, dass sie es etwas auch für das Gewerbe als Unterstützung angesehen haben und dass da auch eine gewisse Wertschöpfung stattfinden kann, denn davon sind wir natürlich überzeugt, sonst hätten wir nie etwas in der Art gemacht. Das ist sozusagen die dritte Säule dieses Projekts.

Nun, wir werden zur Kenntnis nehmen, dass Sie den Fertigausbau nicht unterstützen und wir werden dann, falls es zu einem totalen Ausfall der Baumbeleuchtung in der Rhein- und Oberstadtstrasse kommt, was absehbar ist, uns erlauben, allenfalls mit einem Antrag für diese spezifische Beleuchtung auf Sie zuzukommen. Wir haben seitens einiger Fraktionen gehört, dass dafür eine gewisse Offenheit besteht, auch wenn nicht bei jeder Fraktion gleich viel Feuer – oder sagen wir lieber Licht – dafür brennt. Das kann ja noch werden. Ich bitte Sie, den Anträgen möglichst zuzustimmen und danke Ihnen für Ihre Unterstützung der Weihnachtsbeleuchtung, so wie wir sie heute kennen.

Abstimmung

Antrag 1 wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen.

Antrag 2 wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Möchte die Fraktion CVP/EVP ihren Antrag stellen? Das ist nicht der Fall. Kurz zur Klärung: Ich habe vor der Sitzung einen allfälligen Antrag der Fraktion CVP/EVP erhalten und möchte sicherstellen, dass dieser bisher nicht untergegangen ist. Wir kommen zu Antrag 3 der GPK.

Antrag 3 wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen.

Antrag 4 wird mit 31 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen angenommen.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Gemeinderätin Salome Scheiben muss den Rat leider frühzeitig verlassen. Somit sind noch 37 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte anwesend, das absolute Mehr beträgt 19.

63

BOTSCHAFT NR. 11 BETREFFEND «UMSETZUNG DES REGLEMENTS ÜBER DIE FÖRDERUNG VON PREISGÜNSTIGEM WOHNRAUM, ANPASSUNG DER UMSETZUNGSFRIST» UND DIESBEZÜGLICHES LACHSFARBENES PAPIER DER GPK FINANZEN UND ADMINISTRATION

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Dem Gemeinderat wurde am 10. März 2020 vom Stadtrat die Botschaft Nr. 11 betreffend «Umsetzung des Reglements über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum, Anpassung der Umsetzungsfrist» vorgelegt. Die GPK Finanzen und Administration hat diesbezüglich ein lachsfarbenes Papier mit angepasster Formulierung von Art. 11 des betreffenden Reglements verfasst.

Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die GPK Finanzen und Administration ist einstimmig für das Eintreten.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Gibt es zum Eintreten Voten aus den Fraktionen? Gibt es Voten aus dem Rat oder möchte der Stadtrat zum Eintreten etwas sagen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich gehe davon aus, dass das Eintreten unbestritten ist.

Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Da nur die Übergangsfrist gemäss Art. 11 Abs. 1 des Reglements über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum und daher für die städtischen Wohnliegenschaften und damit nur für Abschnitt 3 Vermietung der städtischen Wohnliegenschaften des Reglements gilt, bedankt sich die GPK Finanzen und Administration für die ausführliche Botschaft. Umgekehrt bedeutet dies, dass für den Abschnitt 2 «Massnahmen zur Wohnbauförderung» keine Übergangsfrist gilt und diesbezüglich die Liegenschaftsstrategie der Stadt auch nicht relevant ist. Dieser Abschnitt 2 ist ein klarer gesetzlicher Auftrag des Stadtrats, der ohne weitere Strategie nun umzusetzen ist. Man darf nicht vergessen, dass der Gemeinderat die Wohnbauförderung in weiten Teilen dem Stadtrat delegiert hat, die Vermietung der städtischen Wohnliegenschaften zur Kostenmiete sogar umfassend. In der GPK Finanzen und Administration wurden die Themen Kostenmiete, Landkreditkonto und die Übertragung in das Verwaltungsvermögen lebhaft diskutiert. Hier sind noch weitergehende Abklärungen notwendig. Die Folgekosten werden einen grossen finanziellen Aufwand nach sich ziehen und dies ist durch den Stadtrat offen und transparent zu kommunizieren. In der GPK Finanzen und Administration ist diese Fristverlängerung unbestritten. Jedoch wird der Antrag des Stadtrats (siehe lachsfarbenes Papier) wie folgt geändert: Art. 11 Abs 1 wird wie folgt geändert: «Für die Einhaltung der Kriterien für die Vermietung von städtischen Wohnliegenschaften gilt eine Übergangsfrist bis zum 31. Dezember 2022. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.» Die GPK Finanzen und Administration empfiehlt dem Gemeinderat, diesem geänderten Antrag zuzustimmen.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Heute reden wir über ein riesiges Thema, hierbei aber nur über einen sehr kleinen Schnitz davon. Es geht nur um die Verlängerung der Frist für die Umsetzung bei der Kostenmiete. Nur, das ist ja viel, eben sehr viel. Der Stadtrat erklärt aber in seiner Botschaft umfangreich, wieso das nötig ist. Aufgrund des aktuellen Bearbeitungsgrads kommen wir nicht darum herum, dieser Fristverlängerung zuzustimmen. In der GPK wurde denn auch längere Zeit vor allem über Inhaltliches und Rechtliches gesprochen. Diese Diskussion gehört aber eindeutig nicht hierher. Der Stadtrat ist aber gut beraten, wenn er mit den verschiedenen Fragen schon bald auf die GPK zugeht, vielleicht für weitere Schnitze, damit er sich nicht verrennt. Das Ziel muss definiert werden, die

rechtlichen Möglichkeiten, dann sind dafür geeignete Objekte zu definieren. Mehr braucht es nicht, aber das ist sehr viel. Wir von der CVP/EVP-Fraktion stimmen dem Antrag des Stadtrats respektive dem Antrag gemäss lachsfarbenem Papier der GPK einstimmig zu.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die FDP ist nach wie vor klar der Meinung, dass der Wohnungsbau nicht Aufgabe der Stadt ist. Die Stadt soll durch Abgabe von Land zu günstigen Konditionen wie tieferen Landpreisen respektive attraktiveren Baurechtszinsen den Bau von preiswertem Wohnraum durch Wohnbaugenossenschaften und andere gemeinnützige Bauträger fördern. Die vom Stadtrat in der Botschaft dargestellten Herausforderungen der Kostenmiete, des Mietrechts sowie die Auswirkungen des Mietzinsverzichts von ca. 178'000 Franken und die Umgliederung ins Verwaltungsvermögen und damit verbunden der planmässige Abschreibungsbedarf von jährlich 763'000 Franken zeigen die Komplexität und die Herausforderungen, das Reglement umzusetzen. Mein Vorredner hat es bereits erwähnt, es ist nicht ganz so einfach. Diese finanzpolitischen Herausforderungen der Kostenmiete und deren Konsequenz auf die Mieterträge sind zu klären. Wie in der Botschaft dargelegt, liegen die Mieten bereits heute teilweise unter der Kostenmiete. Ebenso sind die Knackpunkte und Konsequenzen bei der Überführung der Liegenschaften vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen darzulegen und zu lösen. Wir stimmen der GPK Finanzen und Administration zu, dass hier noch weitergehende Abklärungen zu machen sind und die Folgekosten durch den Stadtrat entsprechend aufzuzeigen sind. Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag der GPK einstimmig zu, die Frist gemäss Art. 11 Abs. 1 des Reglements neu auf 31. Dezember 2022 zu ändern.

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP: Die Umsetzung des Reglements für preisgünstigen Wohnraum ist uns ein Anliegen. Doch auch wenn wir diese möglichst rasch umgesetzt sehen möchten, scheint es sinnvoll, dies koordiniert im Rahmen der Liegenschaftenstrategie zu tun. Ein paar kurze Anmerkungen:

Wir unterstützen die von der Stadt vorgeschlagene freiwillige Änderung der Mietverträge. Auch wenn sich dadurch die konkrete Umsetzung hinauszögert, scheint es uns wichtiger, auf Kündigungen zu verzichten. Auch sind wir dafür, dass Nebenkosten selbstverständlich zur Miete dazugehören. Bezüglich der finanziellen Auswirkungen für die Stadt wurde dies mit dem Reglement bereits bewilligt und kann also ohne zusätzliche Bewilligung durch den Gemeinderat umgesetzt werden. Wir verlassen uns darauf, dass die Liegenschaftenstrategie zügig vorangetrieben wird, sodass es zu keinen weiteren Verzögerungen bei der Umsetzung des vorliegenden Reglements kommen wird. Unsere Fraktion spricht sich einstimmig für die Fristverlängerung aus.

Gemeinderat Roland Wetli (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/GP/GLP: Unsere Fraktion wird der Verlängerung der Umsetzungsfrist um drei Jahre zustimmen. Zwar ist es ärgerlich, dass die im Reglement vorgesehene Frist – es sind immerhin dreieinhalb Jahre, wenn wir zurückschauen – nicht eingehalten werden konnte. Wir anerkennen jedoch, dass der Stadtrat nicht einfach untätig geblieben ist, sondern durchaus Überlegungen zur Ausgestaltung der Kostenmiete angestellt hat. Die Botschaft des Stadtrats zeigt hier erfreuliche Ansätze. Anzuführen bleibt allerdings, dass man diese Geschichte nicht auf der grünen Wiese bauen muss. Es gibt durchaus brauchbare Modelle aus anderen Städten, die über langjährige Erfahrungen mit Kostenmiete verfügen. Wir teilen also die Auffassung nicht, die hier zum Teil geäussert wurde, dass das eine wahnsinnskomplexe Angelegenheit ist, die uns noch Jahre beschäftigen sollte. Das Management der städtischen Liegenschaften von Frauenfeld war in der Vergangenheit nicht gut aufgestellt. Der Stadtrat hat nun die Konsequenzen gezogen und Stellen für eine professionelle Bewirtschaftung der Liegenschaften geschaffen. Auch die Liegenschaftenstrategie des Stadtrats erachten wir als wichtigen Baustein für einen sorgfältigen und nachhaltigen Umgang mit den Bauten der Stadt. Wir sind aber heute ausschliesslich beim Thema Kostenmiete. Für das weitere Vorgehen bei der Umsetzung dieser verpflichtenden Aufgabe aus dem Wohnbauförderungsreglement sind uns zwei Feststellungen wichtig, die wir heute anbringen möchten und nicht erst, wenn es wieder zu spät ist und der Streit dann bereits ausgebrochen ist, wer für was in dieser Geschichte zuständig ist.

1. In der Botschaft führt der Stadtrat aus, dass der durch die tieferen Mietzinse entstehende Einnahmeausfall vom Gemeinderat genehmigt werden müsse. Diese Aussage steht klar im Widerspruch zum Reglement über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum. Ich erinnere hier an Art. 7 des Reglements. Diese Bestimmung enthält weitreichende stadträtliche Kompetenzen bei der Umsetzung der Kostenmiete und dies schliesst zwingend auch die entsprechenden Finanzkompetenzen mit ein. Es braucht keine zusätzlichen Beschlüsse des Gemeinderats. Die Ertragsausfälle, die resultieren werden, sind eine direkte Folge des Reglements, das der Gemeinderat, also wir alle, als Gesetzgeber beschlossen hat. Bei den Mietzinsausfällen handelt es sich klar um gebundene Ausgaben. Gebundene Ausgaben sind bekanntlich ausschliesslich in der Kompetenz des Stadtrats.
2. Für die Bestimmung der städtischen Wohnungen, die dereinst auf der Liste der Wohnungen mit Kostenmiete aufgeführt werden sollen, ist ebenfalls der Stadtrat abschliessend und allein zuständig. Auch hier braucht es keine zusätzlichen Beschlüsse vom Gemeinderat oder gar vom Volk. Und dies gilt nach unserer Auffassung – wir haben das bei uns intensiv angeschaut – auch für die Überführung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen, die faktisch und rechtlich bereits im Reglement selber vorgenommen wurde.

Wir sind dafür bekannt, dass wir genau hinschauen, wenn es um die Wahrung der Rechte von Parlament und Volk bei der Bewilligung von Krediten geht. Sie können sich erinnern, es hat hier diverse Diskussionen in dieser Richtung gegeben. Wir setzen uns umgekehrt aber auch für die Rechte und Kompetenzen des Stadtrats ein, wenn wir als Gemeinderat in einem Reglement klar festgelegt haben, dass für eine bestimmte Aufgabe eben der Stadtrat zuständig ist. Wir laden den Stadtrat darum ein, die Aufgaben, die wir ihm übertragen haben, auch tatsächlich wahrzunehmen.

Gemeinderat Daniel Geeler (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Inhalt und Umfang der Botschaft legen die Vermutung nahe, dass sich der Stadtrat nicht noch einmal der Schelte aussetzen wollte, er würde in Sachen Förderung von preisgünstigem Wohnraum zu dürrichtig oder zu schlank berichten, wie zahlreiche Votanten anlässlich der Ratssitzung vom 26. Juni 2019 die Berichterstattung über den damaligen Stand der Umsetzungsarbeiten moniert hatten. Die stadträtlichen Bemühungen in diese Richtung sind im Grundsatz zu begrüssen. Tatsächlich geht es in der aktuellen Botschaft aber nur um einen sehr beschränkten Regelungskreis, nämlich um die Erstreckung der Übergangsfrist um drei Jahre für die Einhaltung der Kriterien für die Vermietung von städtischen Liegenschaften. Dass eine solche Erstreckung notwendig werden sollte, liess bereits die Ausgestaltung der Berichterstattung im Rahmen der Botschaft Nr. 44 vom 19. März 2019 erahnen. Das macht die Sache freilich nicht besser. Das Nichteinhalten einer gesetzlichen Übergangs- bzw. Umsetzungsfrist muss als unschön bezeichnet werden. Unsere Fraktion hat jedoch auch zur Kenntnis genommen, dass die stadträtlichen Gedanken bezüglich Kostenmiete und Vergabekriterien zwischenzeitlich weiter gediehen sind und ein Umsetzungswille durchaus vorhanden ist. Deshalb wird unsere Fraktion letztlich geschlossen dem Antrag der GPK zustimmen.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich danke Ihnen für die wohlwollende Aufnahme dieser Botschaft. Sie haben es erkannt, es ist so, dass der Teufel im Detail steckt. Obwohl es nur eine kleine Angelegenheit zu sein scheint, das wäre das Detail, ist diese kleine Angelegenheit nicht so einfach zu bearbeiten und braucht einige Zeit, das wäre dann der Teufel. Das in einem Bereich im Übrigen, daran möchte ich noch erinnern, den wir uns als Stadtrat selber eingebrockt haben. Das können die Initianten bezeugen, denn die Idee, die stadteigenen Liegenschaften eben auch diesem Reglement zu unterwerfen, haben wir selber gehabt. Was die Finanzkompetenz betrifft oder die Aufgabe, die wir als Stadtrat mit dem Reglement, über das ja ein fakultatives Referendum war, bekommen haben, gehen allerdings die rechtlichen Einschätzungen etwas auseinander. Denn was damals nicht bekannt war, als wir dieses besprochen haben, es findet sich auch nichts in den Materialien dazu, das waren die finanziellen Geschichten und Auswirkungen. Und diese übersteigen unter Umständen auch die Kompetenzen des Gemeinderats, sprich es ist beim Volk und das Volk war über diese Konsequenzen so nicht im Bild, konnte nicht

im Bild sein. Deshalb sind wir da etwas anderer Auffassung und möchten das juristisch geklärt haben. Das ist auch wieder so ein Teufel, der im Detail steckt und das möchten wir geklärt haben, damit wir es richtig machen und unsere und Ihre Kompetenzen dem Volk allenfalls nicht vorenthalten. Das wäre das, was wir als einen der Punkte noch zu klären haben. Aber vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Abstimmung

Der Antrag der GPK gemäss lachsfarbenem Papier wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsident Elio Bohner (CH): Ich gehe davon aus, dass das Behördenreferendum nicht gewünscht wird. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum. Die Referendumsfrist beginnt am 20. August 2020 und endet am 5. Oktober 2020.

Somit haben wir die heutige ausserordentlich lange Tagesordnung durchberaten. Ich möchte Ihnen vielmals danken für das Mitdiskutieren. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Mittwoch, 16. September 2020 um 18 Uhr statt. Im Anschluss findet in diesem Saal eine freiwillige, aber nicht öffentliche Information durch Stadtrat Andreas Elliker und Christoph Helbling, Leiter Amt für Hochbauplanung, zum Thema «Markt Thurgau» statt. Mein Dank geht erneut an Sie für das aktive Mitdiskutieren und auch für die öffentliche Unterstützung der Tagesordnung, an Giuseppe D'Alelio und das Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unterstützung bei der Vorbereitung. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche Ihnen einen schönen restlichen Abend.

- - -

Schluss der Sitzung: 21:05 Uhr

* * *